Einzelverkaufspreis: 1,50 mark incl. 5,5 % mwst

Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 116 13.3.1976

D 22354 C

* herausgeber :
* frankfurter
* informationsdienst e.v.
* hamburger allee 45
* 6000 frankfurt 90
* tel. 0611/70 43 52

* postadresse :
* postfach 90 03 43
* 6000 frankfurt 90

* redaktionsschluß :
* donnerstag 20 uhr

verantwortlicher
redakteur :
f. kern

kontaktzentren :

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schlüterstr. 79
tel. 040/410 42 62

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/70 23 36

7400 tübingen
aktion politischer buchladen
buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23 393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 0811/280 95 22

schweiz :
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01/ 39 12 67

vierteljahres-abo :
18 dm gegen vorauskasse
auf das postscheckkonto :
frankfurter
informationsdienst e.v.
6000 frankfurt 90
nr. 52 52 28 - 602
überweisen.
genaue anschrift angeben.

druck : eigendruck

INLAND

BLATT ZENSURPROZESS – GLÄNZEND MISSLUNGENE BILLIGUNG

MÜNCHEN (ID) 10.März

Zu 1600 DM Geldstrafe ist Anatol Gardner vom Münchner BLATT verurteilt worden, weil er als verantwortlicher Redakteur folgenden Satz im Zusammenhang mit der Lorenz-Entführung nicht zensiert hat: „die bisher glänzend gelungene Befreiung der politischen Gefangenen..." Man glaubt zu träumen, aber dieses eine Wort „glänzend" reicht aus als Beweis für „Billigung von Straftaten" (§ 140).

Das Strafmaß ist gegenüber dem vorausgegangenen Strafbefehl (3200 DM oder 80 Tage Haft) nicht verändert worden. Der Tagessatz für die Zahlung wurde lediglich von 40,- auf 20,- herabgesetzt.

In einer Erklärung vor Gericht fragte Anatol den Staatsanwalt, ob mit dieser Staatszensur „die Gepflogenheiten des Mittelalters nicht übertroffen werden sollten". – Der Angesprochene, leicht angewidert, zog es vor, mit spitzer Nase und schmalen Lippen irgend etwas vor sich hinzukrickeln.

Die Beweisaufnahme schien den Richter besonders zu langweilen. Alle drei Beweisanträge des Verteidigers Jürgen Arnold waren im Nu geprüft und abgelehnt: Das Gericht ersparte sich die Mühe, den angesprochenen BLATT-Artikel im Zusammenhang zu lesen und hielt auch nichts davon, Gutachter und Leser zu befragen, ob sie die furiose Interpretation des Staatsanwalts teilen. – Immerhin hatte der Staatsanwalt auf das „normale Durchschnittsempfinden" (!) gepocht. Der Richter meinte, das sei er selbst.

In einem lustlos zusammengestoppelten Plädoyer führte der Staatsanwalt dann aus, daß schon die Verwendung des Begriffs „politische Gefangene" für die missliche Gesinnung des Angeklagten spräche und allein (!) als Beweis ausreiche. Anatols Versuch, den fraglichen Satz Wort zu Wort zu analysieren, wischte er vom Tisch und sagte, auf den Zusammenhang käme es an. Er schien vergessen zu haben, daß er den ganzen Artikel im Zusammenhang nicht hören wollte.

Im Plädoyer des Verteidigers wurde anhand der gängigen Rechtssprechung nachgewiesen, daß der § 140 zu einer Verurteilung absolut nicht ausreicht. „Bei so einer weitgefassten Auslegung hätte man sich den § 88 a schenken können!" Er fragte, warum denn der Begriff „politische Gefangene" unter Strafe gestellt werden soll, wenn Polizei, LKA und Justiz ihre eigenen politischen Abteilungen haben.

Als der Richter das Urteil-Unheil verkündete, hätte man meinen können, er zitiert aus dem Staatsanwaltsplädoyer – kein Wort zu den ausführlichen Argumenten des Verteidigers, dafür so traditionsreiche Begriffe wie „die ganze Tendenz..." und so weiter. Die „Straftat" reduzierte sich auf 1 (in Worten ein) Wort. „Glänzend" heißt es und beweist im Namen des Volkes, daß Anatol eines der „verabscheuungswürdigsten Verbrechen" gebilligt hat.

Daß im ‚Spiegel' zu der gleichen Sache stand „bilderbuchartig", „...lich stark und wohlgekonnt", hielt der Richter nicht für eine „Billigung" – keineswegs – diese sei das Urteil eines „wertfreien Experten". „Damit ist die Sache erledigt" schloß er die Verhandlung. Ist sie nicht.

Übrigens, bei diesem bahnbrechenden Urteil in Sachen Pressezensur war kein einziger Vertreter der Presse anwesend. Die blieben zu Hause. Vermutlich haben sie die Entwicklung verschlafen. In einer Presseerklärung schreibt das Blatt-Kollektiv: „Gegen das Blatt wurden in einem Jahr mehrere Ermittlungsverfahren eingeleitet. In vier Fällen wurde bisher Anklage erhoben. Drei Strafbefehle über insgesamt 6.700 DM sind ausgestellt, weitere Prozesse stehen unmittelbar bevor. Mit zunehmender Regelmäßigkeit und in immer kürzeren Abständen werden Blatt-Artikel und sogar Cartoons auf Verunglimpfung, Beleidigung, Billigung von Straftaten, öffentliche Aufforderung zu Straftaten usw. durchleuchtet. Wir befürchten, daß diese Art der Nachzensur durch Staatsanwalt und Richter zu der Institution wird, die über die Kriterien der Pressefreiheit befindet.

Bei der jetzigen politischen Atmosphäre wird das Blatt nicht das einzige Opfer dieser justiziellen und finanziellen Austrocknung bleiben. Es geht um politische Artikel, um subjektive Äußerungen, Tatsachen, um künstlerische Darstellung – und, nachdem unsere Redaktionelle Arbeit mit Ermittlungsverfahren, Strafbefehlen, mit Anklageschriften und Prozessen eingekreist wird, um das Recht, sich in Wort, Schrift, Bild und Ton frei zu äußern.

Es ist sowohl für die Öffentlichkeit als auch für alle Betroffenen aus dem Medienbereich wichtig zu erfahren, welche Artikel und welche Formulierungen nach dem Willen der Staatsanwaltschaft vom Artikel 5, Absatz 2 des Grundgesetzes nicht mehr geschützt sind."

POLIZEIAKTION GEGEN BUCHVERTRIEBE

FRANKFURT (ID) 11. März

Angeblich auf der Suche nach Raubdruckern und Raubdrucken griff die bundesrepublikanische Polizei am Dienstag und danach zum Mittel der Durchsuchung und auch Prügel bei linken Vertrieben und Verlagsauslieferungen in Frankfurt, Giessen, Berlin, Hamburg und Gaiganz (sowie bei einer bürgerlichen Druckerei in Göttingen). Auch in Essen soll es in diesem Zusammenhang zu einer Polizeiheimsuchung gekommen sein. Durch die Aktion der Fahnder wird der Versuch, den Literaturbetrieb lahmzulegen, deutlich sichtbar. Im Folgenden Berichte aus Frankfurt, Giessen, Hamburg, Berlin und Gaiganz.

FRANKFURT:

In Frankfurt kam die Polizei am Dienstagmorgen zur Sozialistischen Verlagsauslieferung (SOVA). Die SOVA liefert seit fünf Jahren Bücher linker Verlage an Buchhändler und Besteller aus, verschickt Rechnungen und sammelt das Geld. Die SOVA liefert Bücher von 14 linken Verlagen aus. In ihren Räumen stehen etwa 12 000 Titel. Die Polizei kam morgens um 8 Uhr. Der Hausbesitzer ließ sie nicht rein, so daß sie warteten, bis ein SOVA-Mitarbeiter kam, und dann in den Räumen ausschwärmten und Bücher aus den Regalen zerrten. Der Durchsuchungsbefehl war unbestimmt – bei Verdacht auf vorhandene Raubdrucke müssen die Titel aufgeführt sein, und das war nicht der Fall. Die Anträge auf Durchsuchung waren schwammig formuliert, es besteht der Eindruck, daß der Börsenverein endlich was gegen Raubdrucker unternehmen wollte und forsch losgegangen ist.

Da die Polizei nicht wußte, was eigentlich los ist, hat sie alles gesammelt, was ihr in die Finger kam, und stellte unmögliche Forderungen z.B. nach Einsicht in Geschäftsunterlagen, was ihnen nicht zusteht. Erst nach einer halben Stunde Polizeiheimsuchung durften SOVA-Mitarbeiter Anwälte anrufen.

Die Polizisten nahmen von jedem Titel ein Buch mit, nachdem sie von ihrem Vorhaben, Inventur zu machen, abließen, weil das zu lange gedauert hätte – dazu brauchen fünf eingearbeitete Leute einen ganzen Tag, die Polizei entsprechend länger. Also nahmen sie die letzte Verlagsabrechnung mit, worin Geschäftsgeheimnisse der Verlage enthalten sind.

Am Donnerstag rückten die Polizisten wieder an, diesmal in Begleitung eines sachverständigen Zeugen – er wurde nicht namentlich vorgestellt –, der 13 raubdruckverdächtige Titel mitzunehmen entschied und Analphabet sein muß, weil es sich bei allen 13 Titeln nicht um Raubdrucke handelt. Von den 13 wurde die gesamte vorrätige Auflage mitgenommen, was rechtlich nicht zulässig ist. Die Autoren der beschlagnahmten Bücher sind alle tot und es gibt keine zentrale Stelle, die über diese Werke entscheidet. Eine Verfolgung kann nur auf Antrag irgendeines vermeintlich Betroffenen geschehen, doch jetzt sieht es so aus, daß die Verlage nachzuweisen haben, wer über das Urheberrecht verfügt. Das ist ein deutlicher Versuch, den Literaturbetrieb lahmzulegen

GIESSEN:

Ziemlich gut überregional koordiniert stand die Kripo pünktlich um 8.30 Uhr (MEZ) nicht nur in Giessen zunächst vor und dann, laut

"Gefahr im Verzug" rufend, in den Wohnungen der im Prolit-Buchvertrieb Arbeitenden. Auch die Wohnungen der Eltern der Prolit-Buchvertrieb-Arbeiter (im Odenwald und im nordhessischen "Zonengrenzgebiet") wurden pünktlich aufgesucht und teils aufgebrochen. Ebenfalls (Heim-)Hausgesucht wurde der Focus-Verlag. Als erste war die Wohnung des Prolit-Auszubildenden an der Reihe. Unter den vielen Büchern im privaten Bücherschrank fand die Kripo mit viel Glück und Wühlarbeit eines, das sie als "Raubdruck" beschlagnahmte. Die Wohnung eines weiteren Prolit-Arbeiters war genauso ergiebig. Sie wurde aufgebrochen, die Anwesenheit von Zeugen bei der Heimsuchung zunächst verweigert, Räume durchwühlt, auf die sich der Heimsuchungsbefehl nicht bezog. Ausbeute: ein Buch (von etlichen tausend aus dem privaten Bücherschrank). Im Prolit-Buchvertrieb hatten in der Zwischenzeit etwa dreizehn weitere Kripos zwei Schlösser aufgebohrt, (obwohl eine Frau dabeistand, die sich bereit erklärte, die Tür aufzuschließen), mit der Heimsuchung bei den Geschäftspapieren begonnen und im Lager eine große Funkstation errichtet. Als der einzige zu dieser Zeit in Giessen anwesende Prolit-Arbeiter eintraf, war die Heimsuchung schon in vollem Gange. Zunächst war er noch mit der Kripo allein konfrontiert, bald trafen aber zahlreiche Freunde des Vertriebs, Autoren, Herausgeber und Übersetzer des Focus-Verlages ein. Erst ziemlich spät kam schließlich noch ein Anwalt.

Nicht verhindert werden konnte die Beschlagnahmung von zehn Aktenordnern, darunter der Ordner mit den unbezahlten Rechnungen und das Wechselverkehrs-Buch. Zunächst kann Prolit keine Rechnungen bezahlen, und es könnte auch passieren, daß ein Wechsel platzt (wer sowas wohl will?). Zunächst mitgenommen und nach anderthalb Stunden zurückgegeben wurde das Prolit-Telefonbuch (langsames Polizei-Kopiergerät). Beschlagnahmt wurden auch 369 Bücher von etwa 250 Titeln. (Vielleicht interessant, daß Titel, die sexuelle Assoziationen erlauben, sich besonderer Beliebtheit bei der Kripo erfreuten und mit großem Hallo begrüßt wurden). Die Kripo meint wohl, daß es sich um "Raubdrucke" handelt. Mal sehen, wann sie auf den Trichter kommt, daß es sich um Bücher handelt, deren einzig kriminalisierbarer Punkt der ist, daß es sich überwiegend um linke Bücher, um Titel von ungefähr 50 kleinen, linken Verlagen, publizierende Gruppen und Individuen handelt. Aber vielleicht ist dies auch genau der Überblick, den sie sich wünschen. Vielleicht suchen sie nur die Punkte, an denen demnächst der große Gemeinschaftsfrieden-Hammer zuschlagen soll. Vielleicht ist es aber auch der bloße Frust über den Wasserschlag, den sie vollbracht hatten. Ein Frust, der sich auch darin äußerte, daß die Kripo wie die Vandalen hauste.

Eine vom Giessener AStA zur Heimsuchung veranstaltete Pressekonferenz fand in der örtlichen Presse mit den üblichen Verdrehungen — aber immerhin — ihren Niederschlag.

HAMBURG:

Am 9. März erschienen in der Wohnung der Inhaber des Vertriebes Maldoror und des Verlages Assoziation in Hamburg acht Kriminalbeamte mit einem Durchsuchungsbefehl für Raubdrucke. Sie hinderten die beiden zuerst daran, ihre Anwältin zu informieren. Als sie schließlich kam, wurde ihr der Zutritt zu der Wohnung verwehrt. Mit in die Wohnung durfte ein Fotograf, der die ganze Wohnung aufnahm. Die Kriminalbeamten durchwühlten die Wohnung und beschlagnahmten vier Titel, die im Privatbesitz sind, und damit war die Aktion beendet.

Einige Stunden später lief in Uninähe eine Durchsuchung in einer Garage, die von der Polizei aufgebrochen wurde, und in der zwei Lastwagen mit "Raubdrucken" sichergestellt wurden. Die Garage war untervermietet vom Hamburger "Arbeiterbuch". Ein Angestellter des Arbeiterbuches wurde von der Polizei zusammengeschlagen und abgeführt. Die Presse bezeichnete ihn am nächsten Tag als "Chef des Raubdruckrings".

BERLIN:

In Berlin ist die Durchsuchung von der Gewerbepolizei in Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei durchgeführt worden, insgesamt vier Beamte, die zunächst an der falschen Adresse waren, der Adresse des Basis-Verlages in der Grellestraße, wo der Maulwurf-Buchvertrieb vor etwa anderthalb Jahren gewohnt hat. Die neue Adresse fanden sie in der Korrespondenz von Basis und trafen bei Maulwurf etwa zu Arbeitsbeginn ein, wo sie relativ oberflächlich das Buchlager durchsuchten und in Rechnungen und Bestellungen wühlten. Dann versuchte die Polizei anwesende Mitarbeiter zur Unterschrift unter das Durchsuchungsprotokoll zu bewegen, womit sie kein Glück hatten, denn wer hat schon eine Durchsuchung gern und unterschreibt, daß er die Durchsuchung freiwillig erduldet hat. Beschlagnahmt wurde nichts, die Polizei versprach, das diesbezüglich dem Maulwurf zustehende Papier auszustellen,und verließ dann die Räume nach zweieinhalb Stunden.

GAIGANZ:

Am Dienstagmorgen zwischen 9 und 11 Uhr wurden in Gaiganz die Druckerei und Privaträume durchsucht. Dabei wurde ein Exemplar des Brecht/Arbeitsjournals beschlagnahmt.

§ 88 a ha !

MÜNCHEN (ID)
1. März

Magische Zahlenspiele durchziehen die Weltgeschichte wie, wie ... wie irgend was anderes auch.

Kein Grund zur Besorgnis also, daß die zwei aneinandergereihten Achten ein bewährtes Erkennungszeichen von Faschisten sind. Noch müssen sie sich über versteckte Zeichen zublinzeln, was sie meinen: der achte Buchstabe im Alphabeth ist das H, zwei Achten hintereinander sind als gleichbedeutend mit HH. Und das steht für nichts anderes als Heil Hitler!

Das verrieten die Angeklagten der „Nationalsozialistischen Kampfgruppe Großdeutschland", denen in Düsseldorf ein gemütlicher Prozeß gemacht wurde.

Mit 88 kennzeichneten bislang nur Nazis ihre Post und haben es untereinander sehr wohl verstanden. Nun ist die Zahlenkombination 88 = HH noch zum Gesetz geworden. Paragraph Heil Hitler?

WARNSTREIKS ZUR IG–METALL–TARIFRUNDE

FRANKFURT (ID)
11. März

Frankfurt, 8.3. :	Teves (Bremsenbau), 1000 Arbeiter der Werke Rödelheim und Rebstöcker Straße für 15 - 20 Minuten nach der Morgenpause;
	Telefonbau und Normalzeit, 650 Arbeiter, 30 Minuten im Anschluß an die Arbeitspause;
Rüsselsheim, 9.3.:	in der Frühschicht streiken bei Opel die Abt. Gesenkbau, Motorenbau (M 55) und I-Bau; in der Nachmittagsschicht der Achsbau. Schmiede und H–Bau (Modelle: Facharbeiter) streiken nicht mit. Begründung: diese kurzen Warnstreiks, die der Vorstand einsetzt, wie es ihm gerade paßt (der Beschluß war schon vor 14 Tagen gefaßt worden) bringen eigentlich nichts.
Frankfurt, ˋ.3.:	600 Beschäftigte im Siemens Schaltwerk gehen mit Transparenten auf die Straße und blockieren eine Hauptverkehrsstraße;
	90 % der Arbeiter bei den Vereinigten Deutschen Metallwerken, 15 Minuten;
	weitere Streiks bei Messer-Griesheim (500 Arbeiter), und bei der Deutschen Vereinigten Schuhmaschinen GmbH, Klimsch & Co.
Hanau, 9.3.:	insgesamt streiken 4000 Arbeiter bei den Firmen Schwahn, Quarzlampe GmbH, Rhein-Elektra Erlensee, Honeywell in Maintal-Dörnigheim, BBC in Hanau-Großauheim.
Augsburg, 9.3.:	Zahnräderfabrik Renk, 800 von 1200 Arbeitern, 30 Minuten;
Kassel, 8.3.:	1000 Beschäftigte bei VW bis zu 2 Stunden, bei Henschel, fast der gesamte Getriebebau, 15 Min.
9.3.:	AEG, 1000 Arbeiter der Früh- und Normalschicht, 30 Minuten: Rheinstahl, 2300 Arbeiter, 30 Min.

VERLAGERUNG DES WISSENSCHAFTLICHEN SPRINGERVERLAGES BERLIN NACH HEIDELBERG

BERLIN (ID) 8.März

Im Rahmen einer Zentralisierung des Verlages will das Management nach mehrfachen Dementis Betriebsbereiche (insbesondere die Werbeabteilung) des Berliner Betriebssitzes nach Heidelberg auslagern. Kurzfristig sind 20 Arbeitsplätze, langfristig 400 bis 500 gefährdet. Nachdem 1975 schon 30 Arbeitsplätze wegrationalisiert wurden.

Der Betriebsrat und die HBV-Gruppe des Verlages wehren sich gegen die Neuordnungskonzeption der Geschäftsleitung. Die Geschäftsleitung strebt eine engere Zusammenarbeit zwischen den Werbefachleuten und den wissenschaftlichen Planern an. Die Spezialisten der Werbeabteilung hingegen halten die Analyse der Geschäftsleitung für verfehlt und den Plan, der ohne ihre Mitwirkung entstanden ist, für eine Konstruktion am grünen Tisch; sie halten eine Lösung des Problems mit weniger folgenschweren Maßnahmen – vor allem ohne Verlegung – für möglich.

Der Arbeitskampf der Belegschaft konzentriert sich auf die Mobilisierung der Autoren und Käufer der Springer-Bücher. Dazu wurden 500 Hochschullehrer und Assistenten der Berliner Universitäten angeschrieben und zu Solidarisierungsaktionen aufgefordert, und eine Anzeige im Berliner Tagesspiegel aufgegeben. Zur Zeit hat das Management Rationalisierungsfachleute unter ausschließlicher Mitwirkung von Geschäftsleitungsvertretern eingesetzt. Die Belegschaft verharrt im Wartezustand.

Solidaritätskonto Carla-Petra Müller, Stichwort: Stilllegung der Werbeabteilung, Bank für Handel und Industrie Kto.-Nr. 852 245 501

STAATSSCHUTZ VERWIRFT RECHTSGRUNDSÄTZE UM „UNTERSTÜTZER" ZU SCHRECKEN

WESTBERLIN (RHW/ID) 6. März

Wie die Rote Hilfe Westberlin mitteilt, wurde am 4. März die Anklageschrift gegen zehn sogenannte Unterstützer der Bewegung „2. Juni" bekannt. Von den zehn Beschuldigten befinden sich sieben weiterhin in Haft. Ihre Haftbeschwerden wurden bislang verworfen. Die Anklage lautet auf Unterstützung einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB), wobei die Existenz des „2. Juni" als kriminelle Vereinigung unterstellt wird. Bis auf H. Reinders, Siepert und Doemeland wird die Unterstützung durch Überlassen vonPapieren an Mitglieder des „2. Juni" begründet. (Dazu ID 113: Raphael Kress, und im folgenden der Fall Gisela Kühl.) Als Beweis dafür dient lediglich die Tatsache, daß die Papiere bei der Festnahme von Vieth, Reinders, Teufel, Plambeck und Fritzsch gefunden wurden. Ein Beweis für die bewußte Überlassung ist in keinem Fall erbracht.

Allein dadurch, daß die Papiere nicht als verloren gemeldet waren, wird die bewußte Weitergabe konstruiert. In der 129 (!) Seiten langen Anklageschrift wird beantragt, die Haftbefehle weiter aufrecht zu erhalten, da für diese Art der Unterstützung (wesentliche Voraussetzung für die Tätigkeit und den Zusammenhalt der kriminellen Vereinigung) eine Strafe zu erwarten sei, die zur Bewährung kaum ausgesetzt werden könne. Die lange U-Haftzeit (bei fünf Leuten beträgt sie schon ein halbes Jahr), die verschärften Haftbedingungen sind ebenso wie die Form der Anklageerhebung Ausdruck einer neuen Strategie der Staatsschutzbehörden beim Umgang mit sogenannten Unterstützern.

Was von Oberstaatsanwalt Nagel schon vor Monaten prophezeit wurde: „Wir werden uns etwas einfallen lassen", ist nun eingetreten. Die „Unterstützer" werden vor Verurteilung der 2. Juni-Mitglieder angeklagt,und die Anklage erfolgt gemeinsam, so daß die Möglichkeit für die Staatsschutzbehörden, bei fehlenden Beweisen Analogien anzuführen,geschaffen wird. Während in Einzelverfahren (die zum Teil nicht in Berlin stattfinden würden) die Richter über die einzelnen Fälle zu urteilen hätten, werden in einem Gesamtverfahren die Entlastungsmöglichkeiten der Angeklagten eingeschränkt.

Hier wird ein Exempel der Staatsschützer statuiert, das Abschrekkung bewirken soll, selbst wenn Rechtsgrundsätze über den Haufen geworden werden.

ZUM FALL GISELA KÜHL

HAMBURG/WESTBERLIN (ID) 9. März

Eine der zehn wegen Unterstützung des „2. Juni" Beschuldigten ist Gisela Kühl. Ihr Reisepaß und ein gefälschter Führerschein, dessen Daten mit dem Führerschein von Gisela Kühl identisch sind, wurden während der Fahndung nach dem 2. Juni bei der Durchsuchung einer Wohnung in Berlin-Steglitz gefunden. Für die Staatsschützer genügte dieser Fund, die bisher unbescholtene Sekretärin und Mutter als „Unterstützerin" einzustufen und einen „dringenden" Tatverdacht im Sinne eines Haftbefehls zu begründen. Gisela Kühl sitzt seit dem 23. September in Untersuchungshaft, erst in Hamburg, jetzt in Berlin. Weder beim Haftprüfungstermin im Dezember noch danach wurde trotz gegenteiliger Beteuerungen der Staatsanwaltschaft eine Anklageschrift vorgelegt. Erst jetzt liegt sie vor (siehe obenstehender Artikel „Staatsschutz verwirft Rechtsgrundsätze"). Beim Haftprüfungstermin am 5. März verfügte das Landgericht Haftverschonung, Staatsanwalt Przytarski legte Revision ein. Gisela Kühl muß weiter in Haft sitzen. (siehe dahzu auch den Fall Raphael Kreß, ID 113).

Wiederholt hatte Gisela Kühl auf ihre persönliche Situation hingewiesen, insbesondere, daß sie in ihre Wohnung zu ihrem Kind und an ihren Arbeitsplatz zurückkehren, möchte, wo sie sich bisher noch in einem ungekündigten festen Angestelltenverhältnis befindet, die Firma zahlt in Kenntnis der jetzigen Inhaftierung sogar noch eine Unterstützung für Gisela Kühls Tochter Danielle. Staatsanwalt Przytarski (davor auch der Haftrichter am Amtsgericht Hamburg) vertritt dennoch den Standpunkt, daß zu befürchten sei, Gisela Kühl könne zusammen mit ihrem Kind im Untergrund verschwinden. Mit dieser Annahme wird die Strafprozeßordnung fast zur Unkenntlichkeit verbogen. Welche persönlichen Umstände können eine etwaige Fluchtgefahr überhaupt ausräumen, wenn diese nicht mehr gelten sollten. Mit der Höhe der zu erwartenden Strafe kann das Gericht nicht argumentieren, weil diese, selbst wenn das Gericht die Vorwürfe für nachgewiesen halten sollte, nach den bisherigen Erfahrungen acht Monate nicht überschreiten kann. In schiefes Licht stellte sich die Staatsanwaltschaft auch dadurch, daß sie der Verteidigung die Akteneinsicht verweigerte, obwohl sie beim Haftprüfungstermin im Dezember wissen ließ, daß sie selbst nicht von Verdunkelungsgefahr ausgehe. Einer der beiden Verteidiger konnte noch nicht mal den Teil der Akte einsehen, auf den er Rechtsanspruch hat, nämlich auf Sachverständigengutachten und Aussagen seiner Mandantin. Entsprechende Anträge blieben viermal unbeantwortet, eine Dienstaufsichtsbeschwerde ebenfalls.

Zur Beschuldigung hat Gisela Kühl erklärt, daß ihr Personalausweis, ihr Reisepaß und der Original-Führerschein zu einem nicht mehr näher bestimmbaren Zeitpunkt verloren gingen und wenige Zeit später per Post übersandt wurden mit Ausnahme des Reisepasses in einem Briefumschlag mit dem Hinweis, in Zukunft solle sie besser auf ihre Sachen aufpassen. Staatsschützer Przytarski hat dieser Fall genügt, um ihn zusammen mit anderen Fällen zu einer gemeinsamen Anklage zu erheben, damit wieder Ruhe im Land herrscht.

Gisela Kühls Bruder Herbert in einer Stellungnahme: „... Ich sehe ein, daß Gisela nicht nur schon deshalb völlig unschuldig ist, weil sie meine Schwester ist. Und ich sehe den Skandal einer unbegründeten Inhaftierung bei meiner Schwester mit größter Gefühlsbewegung an, als bei den vielen, denen es ähnlich ergeht, die ebenfalls Opfer einer mit zu großer Machtfülle ausgestatteten Exekutive in unserem Lande sind. Oben, in den Überschriften und Präambeln unserer Gesetze, halten wir es fix mit den Menschenrechten und Bürgerrechten, aber wenn wir etwas in die Niederungen unserer Strafprozeßordnung und unseres Strafgesetzbuches bis hin zum Kleingedruckten dringen, dann stoßen wir auf immer mehr Preus-

sen und Obrigkeitsstaat , dann sind nicht mehr so sehr die Bürger, als vielmehr die Exekutoren, Polizei, Staatsanwalt und Richter und das „Verfahren" vom Gesetz behütet und beschützt. ... Indes, Gisela ist von der Bildzeitung ja bereits überführt und von Nachbarn schon verurteilt worden. Die Gerüchteküche besagt, daß sie als Paßfälscherin säße ... "

Eine Solidaritäsveranstaltung für Gisela am 14. Februar brachte mehrere hundert Mark ein. Spendet auf das Konto 2 297 690 000 BfG Hamburg, „Unterstützung für Gisela Kühl". Schreibt an Gisela Kühl, 1 Berlin 21, Lehrter Str. 61.

BILLIGE RECHNUNG FÜR SS-VERWÜSTUNG ?

WESTBERLIN (ID) 10. März — Fast ein Jahr nach dem Polizeieinsatz im Zuge der Lorenzentführung (Aktion Wasserschlag, siehe ID 71) im Tommi-Weisbecker-Haus fand am 2.3. vor dem Landgericht Berlin die Verhandlung auf Schadensersatz gegen das Land Berlin als Verantwortlicher für die dabei entstandenen Verwüstungen.

Die Vertreter des Landes Berlin konnten an der Tatsache, daß damals durch die Staatsschutzbeamten große Verwüstungen angerichtet wurden, nicht vorbeireden. Sie versuchten deshalb, einen für sie günstigen Vergleich zu erzielen — mit Erfolg.

Die Höhe des angerichteten Schadens an Mobiliar und anderen Gegenständen liegt bei 15.000 Mark. Das Gericht verlangt nun,für jeden Schaden eine detaillierte Aufstellung zu liefern. So ist es erforderlich, den Schaden genau zu beschreiben und den Wert des Gegenstandes durch Rechnung zu belegen. Es ist klar, daß das nach dieser langen Zeit nicht ohne große Schwierigkeiten möglich ist, insbesondere weil ein großer Teil Kollektiveigentum ist. Diese Tatsache wird vom Prozeßgegner, dem Land Berlin, ausgenutzt, um eine billige Lösung herbeizuführen. Und das Weissbecker-Haus guckt in den Mond.

DER BEFEHL STAND IM GARTEN

DORTMUND (ID) 4. März — Am 21., 22. und 23. Februar gab es in Dortmund fünf Überfälle bzw. Hausdurchsuchungen von K14-Polizei, Schutzpolizei, BKA-Beamten unter Einsatz von halben Hundertschaften — in Zusammenhang mit den Verhaftungen von angeblichen Terroristen in Köln.

Da die Polizei zuerst überhaupt keine Gründe für die unerwarteten Durchsuchungen angab, war jeder überrascht, wußte nicht, worum es ging und konnte sich das Vorgehen nicht erklären. In zwei Fällen war die Polizei mit MP's auch bei den Eltern von zwei Leuten, die durchsucht worden waren. Es lagen keine Hausdurchsuchungsbefehle vor; ein Polizist sagte:„Der Hausdurchsuchungsbefehl steht im Garten." Da stand ein anderer Polizist mit einer MP. Ein weiterer sagte:„ Nicht nur Sie, auch der Staat hat Rechte!" Die Wohnungen wurden durchwühlt. Einige Leute mußten mit zum Polizeipräsidium, wurden verhört, bedroht: man brauche nicht auszusagen, werde aber dann dazu gezwungen. Außerdem wurden Fingerabdrücke „nur zu Vergleichszwecken" abgenommen und Erkennungsdienst-Fotos gemacht. Bullenaussage: Man könne ja nie wissen (was?) und sie hätten geschossen, wenn man sich falsch bewegt hätte (wie bewegt man sich richtig?) und:„Wir wollen doch nicht, daß geschossen wird."

EIN MITGLIED DES IRLANDKOMITEES IMMER NOCH IN U–HAFT

FRANKFURT (ID) 11. März — Nach den Hausdurchsuchungen und Festnahmen vom Rosenmontag beim Irlandkomitee (s.ID 115), befindet sich ein Mitglied nunmehr seit 2 Wochen in U-Haft. Dazu das Westdeutsche Irland Solidaritätskomitee: "Mit der Begründung "Verdacht des Betruges" soll unsere politische Arbeit kriminalisiert und verhindert werden. Bei den Bemühungen um eine Besuchserlaubnis, die dann wegen "Verdunklungsgefahr" nicht erteilt wurde, sind die Antragsteller zunächst zur politischen Abteilung 4 des Amtsgerichts verwiesen worden. Dort wußte man sofort Bescheid und sagte: "Den Fall haben wir runter ins Betrugsdezernat gegeben." Dort wiederum wußte man ebenfalls Bescheid, fühlte sich aber nicht zuständig, sondern verwies schließlich zurück auf Abt. 4. Dort bemerkte die zuständige Sachbearbeiterin: "Das sind ja Verhältnisse, wo ich besser Bescheid weiß, als die, denen wir die Sache zur Bearbeitung gegeben haben", und schickte uns zu einer anderen Staatsanwaltschaft, die uns schon beim Eintritt entgegenhielt: "In diesem Fall keine Besuchserlaubnis, Briefe werden natürlich zensiert."

CDU–WAHLKAMPF MIT GUMMIKNÜPPELN OFFIZIELL ERÖFFNET

FREIBURG (ID) 6. März — Auf Wahlveranstaltungen in Baden-Württemberg drängt sich Parteien-Prominenz — die Landtagswahl am 4. April steht kurz bevor. Aus Freiburg, wo bereits Biedenkopf, Wolf von Amerongen und Kohl Auftritte hatten, wo die CDU am 6. März ihren Wahlkampf offiziell eröffnete, bekamen wir von ID-Lesern den folgenden Bericht. Die Freiburger und auch der ID sind an einer Diskussion über die Ereignisse während des Wahlkampfes interessiert, der ununterbrochen bis zur Bundestagswahl am 3. Oktober weitergehen wird. Schreibt eure Wahl-Erfahrungen doch auch für den ID. Das Interesse der Freiburger am Informationsaustausch und Diskussion ist stark, auch wenn das Fazit ihrer bisherigen Erfahrung lautet: "Am 6. März haben wir uns in Freiburg jedenfalls ziemlich überrumpeln lassen." Ihr Bericht:

"Am 6.3. wollte die CDU ihren Wahlkampf in Freiburg mit Helmut Kohl, Hans Filbinger u.a. eröffnen. Inoffiziell hatten dies die Christdemokraten schon im Januar getan: H. Kohl sprach schon am 19. Januar auf einer RCDS-Veranstaltung ("Freiheit an den deutschen Universitäten") im Freiburger Audimax (s.ID 109). Der CDU-Chef zog schon damals den Unmut vieler Freiburger auf sich. Bewußt hatte die CDU einen viel zu kleinen Saal ausgesucht (1000 Plätze für 4000 Leute), bewußt hatte sich Kohl durch mehrere 1000 Demonstranten zum Audimax-Haupteingang mit Gummiknüppeln und Tränengas durchschleusen lassen. Springers BILD setzte der christdemokratischen Provokation damals mit der Titel-Überschrift "Attentat auf Helmut Kohl" durch "linksradikale Schlägertrupps" die Krone auf. An das Hirschgeweih, mit dem ein CDU-Mitglied bei diesem "Attentat" Kohls eigenen Leibwächter irrtümlich attackierte, konnten sich die Linken in der Freiburger Stadthalle am 6.3. noch gut erinnern.

Schon eine Stunde vor Beginn ergänzten ca. 600 Leute, hauptsächlich KBW-Genossen, die CDU-Veranstaltungsankündigung "Filbinger und Kohl sprechen" mit dem Zusatz "....Oder auch nicht". Als Kohl und Co. wiederum durch den Haupteingang in die Stadthalle marschierten, wurden eine Reihe von Transparenten entrollt, die wir unter der Kleidung in die Halle geschleust hatten (Ordner in Zivil hatten vor Beginn am Eingang selbst die harmloseste Oma gründlich gefilzt).

Als Trupps von CDUlern auf einige Transparentträger einschlugen, stellten sich einige hundert Genossen auf die Stühle, um die erlauchte Versammlung auf die Schläger aufmerksam zu machen. Darauf stürzten völlig überraschend 200 Polizisten in den Saal, kreisten etwa 500 Leute ein, die dummerweise im Pulk zusammensaßen und prügelten innerhalb von 5 Minuten etwa 300 Leute aus der Stadthalle, verfolgten sie noch über die benachbarten Parkplätze und riegelten darauf das gesamte Stadthallengelände mit mehreren Hundertschaften hermetisch ab.

Die im Saal verbliebenen Linken hatten jetzt einen schweren Stand: wer z.B. eine Trillerpfeife ertönen ließ, wurde von den Ordnern sogleich denunziert und bei drei weiteren Polizei-Einmärschen aus der Stadthalle rausgeschleift. Eine besondere Überraschung erlebten wir zum Schluß: mehrere Tausend Leute mußten bei nur zwei Ausgängen im Gänsemarsch durch ein Polizeispalier laufen und Leute, die irgendwie aufgefallen waren, wurden festgenommen."

FAZ–Kommentar vom 8.3. dazu: " ....Filbinger spricht lebhaft, bekommt auch oft Beifall — aber der Lärm der Gegenmacht im Saal, über dem rote Transparente in der Luft stehen, wankt und weicht nicht. Kohl aber ruft sein Publikum aus dem Gemenge von ohnmächtiger Wut und Verzagtheit, in dem es sich eine Stunde lang wie

in einem Käfig gefangen gefühlt hatte, trotz anwesender Staatsmacht, trotz vielen Klatschens für Filbinger. "Wollen wir zulassen, daß solche Leute Lehrer unserer Kinder an den Schulen werden?" Der Saal kommt in Stimmung. Fast schon dankbar nimmt er die gänzlich unverschleierte Gleichung von Nazis und Kommunisten auf. Und als die Leute in einem dieser knappen Sätze Kohls das Wort "kommunistischer Pöbel" hören, beginnen sie zu rasen. Ist das Begeisterung? Eher ein Gefühl der Befreiung von einem quälenden Tabu, einer negativen Sprachregelung, die eine linke Schickeria, vom allgegenwärtigen Opportunismus gestützt, wie ein Seil von Jahr zu Jahr fester um die freie Rede der Bevölkerung gezurrt hat....."

SPD DROHT MIT NEUEN PARTEIAUSSCHLÜSSEN

FRANKFURT (ID)
10. März

Angesichts der Bundestagswahlen am 3. Oktober haben zuletzt die deutlichen Anstrengungen der FDP, die Regierungskoalition zu beenden und getreu ihrer Pendlertradition es nach den Wahlen mal mit der CDU zu versuchen, bei der SPD massive Verlustängste mobilisiert.

Die Frankfurter SPD hat auf diese Entwicklung besonders interessant reagiert. Ihr Chef Rudi Arndt, der in weiten Teilen der BRD als „links" gilt, ist ein gutes Beispiel für nervöse Reaktionen. Arndts Magistrat stehen Bestechnungsklagen ins Haus: einmal läuft die Untersuchung über eine 200.000 Mark Spende an die in Frankfurt regierenden Sozialdemokraten, zum anderen hat Jürgen Roth in seinem Frankfurt-Buch den Anstoß zu Korruptionsverfahren gegen die Bauverwaltung gegeben.

Dem drohenden Machtverlust auf lokaler Ebene (Kommunalwahlen stehen bevor) versucht Arndt nun mit zwei Strategien zu entgehen. Zunächst hat er der hiesigen FDP Koalitionsangebote gemacht. Dann hat er wieder mit dem Radikalenerlaß gegen innerparteiliche Opposition zugeschlagen. Wie im Fall der vier quasi schon rausgeschmissenen Jusos, die die Anti-Soares-Portugal-Erklärung unterzeichnet hatten (ID 114) so holte er jetzt — gleichfalls erst vier Monate nach der "Tat" — zum Schlage gegen zwei linke Sozialdemokraten aus, Prominente dazu. Die Vorgeschichte:

Am 30. Oktober 75 hatte der SPD-Ortsverein Sachsenhausen-Ost nach einer Diskussion über Berufsverbote mit Mehrheit beschlossen, gegen zwei hessische Minister, den für Justiz (Herbert Günther) und den für Kultur (Hans Krollmann, ehemaliger Polizeipräsident von Kassel und ehemaliger Landwirtschaftsminister) beide SPD, Parteiordnungsverfahren zu beantragen. Begründung: die beiden seien verantwortlich für die Anwendung des Radikalenerlasses, in der Hessen vorn ist.

SPD-Ortsvorsteher von Sachsenhausen ist Klaus Sturmfels, ein alerter Jurist und Juso, der als Kandidat für die letzten Landtagswahlen durchgefallen war. Er und sein Parteigenosse Martin Wentz, Physikassistent und inzwischen neuer Jusochef von Frankfurt, hatten den Antrag explizit unterstützt; Ende Februar wurde er im SPD-Ortsverein erneut mit großer Mehrheit beschlossen. Beide wurden nun zu „Rädelsführern" gemacht.

Am 4. März drehte Arndt den Spieß rum und ließ Sturmfels und Wentz per Einschreiben wissen, „wegen schwerer Parteischädigung" ordne er (als Bezirksvorsitzender der südhessischen SPD) „das sofortige Ruhen aller Mitgliedsrechte an".

Damit beantragte Arndt gleichzeitig die Durchführung eines Parteiordnungsverfahrens, für das die südhessische SPD-Schiedskommisson zuständig ist. Diese „Sofortmaßnahme" war vor allem ein Schuß gegen Martin Wentz, der zwei Tage später zum Frankfurter Jusochef gewählt werden wollte (und es auch wurde). Die Jusos „verwahrten sich aufs schärfste". Rundumschläger Arndt verfügte die repressive Maßnahme diktatorisch, ohne vorherige Beratung mit seinem südhessischen Bezirksvorstand.

Die Jusos sagten, hier werde „mit zweierlei Maß gemessen. Während Minister offensichtlich dauernd gegen Parteitagsbeschlüsse verstoßen dürften, würden einfache Parteimitglieder, die dagegen protestieren , als parteischädigend hingestellt."

Einen Tag später hob die Schiedskommission II Arndts Maßnahmen auf. Für Arndt und die Mehrheit des Bezirksvorstandes, so schreibt die Lokalpresse, bedeute „diese Entscheidung des Parteigerichts eine schwere Niederlage". Allerdings wurde nur die „Sofortmaßnahme" aufgehoben. Parteiordnungsverfahren haben Sturmfels und Wentz noch zu erwarten.

KRAFTWERKE ZERSTÖREN HOTZENWALD — „WEHRT EUCH"!

SÄCKINGEN (ID)
1. März

Nach den schwerwiegenden Eingriffen in die Hotzenwaldlandschaft durch drei Staubecken, durch riesige Stromleitungen u.a. stehen dieser noch halbwegs unzerstörten Landschaft — einem international geschätzten Erholungsgebiet — die brutalsten Eingriffe in der Geschichte dieser Region bevor:

- Die „Schluchseewerk-Ag" plant drei gewaltige Staubekken und die dazugehörigen Kraftwerksanlagen in der Nähe der Gemeinden Säckingen, Riekenbach, Herrischried und Wehr. Eines dieser Projekte — Baubeginn: 1977, Dauer mindestens acht Jahre — das „Haselbecken" in der Nähe von Säckingen soll einen mächtigen Staudamm erhalten, dessen Kronlänge 600 Meter betragen soll und der am Fuß 250 Meter breit sein soll. An seiner höchsten Stelle wird er 69 Meter sein (zum Vergleich: der Damm des schon gebauten „Wehratalbeckens" ist wasserseitig „nur" 56 Meter hoch).
- Die „Energieversorgung Schwaben" plant den Bau einer Starkstromleitung bei Görwihl mit Gittermasten von 60 Meter Höhe, die das gesamte Panorama der Alpenkette dieses Fremdenverkehrsortes zerstören würden.

Diese Stromunternehmen stellen offensichtlich — wie ihre Schwester-Werke beim Bau von Atomkraftwerken — ihr Profitinteresse über die Interessen der Bevölkerung nach einer sicheren, gesunden Naturlandschaft!

Gelingt es uns, der betroffenen Bevölkerung, nicht, diese Projekte zu verhindern, wird der Verlust dieser Naturlandschaft endgültig sein. Niemand wird diese kolossale Naturschändung rückgängig machen können.

Wenn den Vertretern der „Schluchseewerk-AG" Glauben geschenkt würde, wäre alles in Butter: „Wir wollen in Zukunft alles tun, um soviel Informationen wie möglich an die Bevölkerung weiterzugeben", doch sieht die Praxis anders aus:

- Die geplanten Projekte (wir beschreiben sie weiter unten) müssen schon seit Jahren geplant sein
- Mitte 1975 wurde beim Landratsamt Waldshut die wasserrechtliche Bewilligung und Änderung der rechtskräftigen (also schon genehmigten!) Pläne der Oberstufe des Hotzenwaldwerkes beantragt.
- Ende November 1975 reichte die „Schuchseewerk-AG" beim Landratsamt Waldshut den Antrag auf wasserrechtliche Bewilligung und Genehmigung für ein neues Pumpspeicherwerk ein, ABER:
- Die betroffene Bevölkerung erfuhr erst Ende 75 durch Presseberichte von den Vorhaben.
- Das Schluchseewerk informierte demnach die Bevölkerung zu spät.
- Eine umfassende Informationstätigkeit, wie es einem Projekt dieses Ausmasses entsprechen würde, wurde unterlassen.
- Die Informationssitzungen werden nicht als öffentliche Veranstaltungen (mit Plakaten etc) durchgeführt, sondern als öffentliche Gemeinderatssitzungen.
- Auf diesen Sitzungen gibt es (am Anfang nicht mal das) nur eine Karte, schriftliche Informationen gibt es nicht.
- Das Projekt wird verharmlost, die großen Naturveränderungen, die Klima-Beeinträchtigungen, der Nachteil für den Fremdenverkehr etc. werden überspielt und heruntergespielt.
- Fotokollagen oder Zeichnungen über das spätere Bild werden nicht gezeigt, ein Oval für ein Becken auf der Karte — wem macht das die späteren Verhältnisse heute schon klar und deutlich vorstellbar?
- Das Projekt wird schnellstmöglich durchgejagt, ein paar Gemeinderatssitzungen, sonst paar kleine Treffs — fertig. '77 soll gebaut werden!
- Geködert werden die Gemeinderäte mit den Steuern („etwa zur Hälfte wird Wehr steuerlich vom Umsatz konzipieren", SPD-Stadtrat Schmidt: „.. zuerst mit Säckingen anfangen, denn wir können das Geld — Gewerbesteuer — gebrauchen!")
- Leserbriefschreiber, die sich kritisch mit den Projekten auseinandersetzen, werden sofort von Vertretern des Werkes besucht — was die wohl wollen? ...

Also: Was die wollen: Ruhe, nur schnell das Anhörungsverfahren durchziehen (in einem Monat hatten sie das geschafft!). Keine

Einsprüche gegen die Genehmigung. Schnell die Genehmigung bekommen, schnell bauen, und ja keinen Protest oder Widerstand von der Bevölkerung ... wie in Görwihl!

In Görwihl beschloß die Bürgerversammlung einstimmig eine Resolution, in der die Bürger von der „Energieversorgung Schwaben" die Offenlegung der bisher geheimen Planung fordern. Auf keinen Fall werde die Bevölkerung den Bau einer vier mal 380-kv-Starkstromleitung mit Gittermasten von 60 Metern Höhe und in der jetzt bekannt gewordenen Trassierung durch die Gemarkungen Oberwihl, Rüsswihl und Görwihl dulden. Die Leitung, die unmittelbar an der Südseite des Dorfes Görwihl vorbeiführen soll, würde den einzigartigen Blick auf den Schweizer Jura und auf das Panorama der Alpenkette für alle Zeiten zerstören. Und nicht zuletzt auch dem aufblühenden Fremdenverkehr erheblich schaden. Inzwischen haben sich weitere Stimmen gegen die Leitung zu Wort gemeldet: z.B. schickte der Verkehrsverein Görwihl eine Resolution, in der er die „unverantwortliche Planung" kritisierte.

Was haben die uns schon beschert – was wollen die uns noch bescheren? Eine unvollständige Zusammenstellung umweltfeindlicher Projekte der Stromwerke:

- Zerstörung einer der schönsten Moorlandschaften im Hotzenwald – dem Kühmoss. Kühmoss – heute ein Umspannwerk.
- In Egg und am Hornberg zwei große Becken, hohe Dämme ragen in den Himmel, umzäunt, ein Blick durchs Gitter zeigt meistens leicht gefüllte scheußliche Betonwände, mittendrin ein Turm mit Brücke zum Ufer (Stahl).
- Zerstörung des Wehratales – ein ehemaliges sehr reizvolles Tal – heute: ein Stausee.
- Der gesamte Hotzenwald wird mit hohen Hochspannungsmasten und -leitungen überzogen.
- Kraftwerk Mühlengraben (geplant!): oberirdisch, teils im Fels, Masse etwa 40 auf 60 Meter.
- Hornbergbecken II (geplant!): Fassungsvermögen: 8 Millionen Kubikmeter (geschätzte Größe: Krone des Damms 500 Meter lang, 50 Meter hoher Damm), abgesperrt.
- Kavernenkraftwerk Atdorf (Größe unbekannt) (geplant!)
- Zweites Kavernenkraftwerk für Säckingen (geplant!)
- Haselbecken – bei Säckingen (geplant!) – als Natursee: Krone des Damms 600 Meter lang, 69 Meter Höhe des Damms an seiner höchsten Stelle (Wehr: 56 Meter), 20 Meter hoher Damm im Bereich Bergsee/Wildgehege erforderlich, Damm in Richtung Wallbach erforderlich, 10 Millionen Kubikmeter!
- Stausee Lindau (geplant und genehmigt) 280 Hektar Wald müssen verschwinden! Größe zwischen Titi- und Schluchsee! Nicht fürs Publikum zugänglich.
- Neue Hochspannungleitungen über Görwihl, Oberwihl und Rüsswihl (geplant!)
- Atomkraftwerk Schwörstadt (Geplant! - ebenso wie die angrenzenden in der Schweiz!)

Was bedeutet das nun alles?

- Halbwegs unzerstörter Lebensraum würde zersört.
- Die Konsequenzen für Landschaftsbild, Klima und natürlichen Wasserhaushalt sind ungeklärt.
- Der Fremdenverkehr wäre stark eingeschränkt: bis 13 Jahre Bau-Zeit, Sprengungen, danach keine Erholungssuchenden - weil der urtümliche Reiz dieser Landschaft und damit ihr Wert als Erholungslandschaft unwiederbringlich verloren wäre.
- Die Sicherheit ist ungeklärt: Dammschäden, Felssprengungen sind nicht auszuschließen – ein Todesopfer ist schon zu beklagen.
- Diese Projekte schützen uns nicht vor den Atonkraftwerken! Eine starke Energieindustrie versucht – auch gegen den Willen der Bevölkerung – ihre Kraftwerke zu bauen.

Das „Hochrhein-Volksblatt" informiert ausführlich über diese Vorgänge hier. Nr. 1 ist schon Anfang März erschienen. Schickt Protestschreiben an unsere Adresse!

Kontaktadresse: Hochrhein Volksblatt, c/o SB, Friedrichstr. 77, 7880 Säckingen

DER DIALOG BÜRGER – KERNENERGIE

ESSEN (ID) 9. März

In Essen fand am 30.1. eine KKW-Veranstaltung mit dem Bundesminister für Forschung und Technologie, Herrn Matthöfer statt.

Aufschlußreich war schon der äußere Rahmen, ca. sechs Mann auf dem Podium, Matthöfer, Mandel (RWE), Würgassen (Bundesverband der Bürgerinitiativen) und Zillesen (Ev. Akademie Bochum). Zwei Mikrofone im Saal, die erste Stunde ging schon mal – Dialog nannte man das – durch Reden von Matthöfer, Mandel und Würgassen drauf. Dann durften die Bürger Fragen stellen, jedoch keine Thesen vertreten. Wenn keine Frage gestellt wurde, fiel der Diskussionsleiter ins Wort, wo denn die Frage bliebe, und versuchte, die einzelnen Kritiker so aus der Fassung zu bringen.

Einhellig aber auch eintönig war der Hinweis, daß Wirtschaftswachstum, das wollen wir ja alle, Energiezuwachs bedeuten müsse. Geradezu abenteuerlich waren die Verdrehungen besonders von Mandel: die Kohlenvorräte z.B. reichten nur noch wenige Jahre, und der schnelle Brüter sei schon zu Ende entwickelt. Sehr deutlich auch der Hinweis von Matthöfer an die Bürgerinitiativen: die politische Macht und Entscheidungsgewalt liege beim Parlament. Dort werde entschieden werden und dorthin habe man sich zu wenden. Man habe nichts gegen Bürgerinitiativen, aber wenn sie zu weit gingen, dann müßten geeignete Mittel unternommen werden. Im übrigen sei ja die Mehrheit der Bevölkerung ohnehin für Kernkraftwerke. Die anderen (auch die im Saale, es waren praktisch nur zwei oder drei Fürsprecher für KKWs am Mikrofon) seien eine kleine „radikale" Minderheit.

Moral: man muß sich sowas mal anhören. So geheilt von KKWs wird man nie mehr entlassen!

„... UND SIE RODELN WEITER!"

SALZGITTER (ID) Februar 76

Mit Schneebällen vertrieben Kinder Arbeiter der Salzgitter Wohnungs-AG, die in Krähenriede einen Rodelberg mit Splitt bestreuten. Die Maßnahme auf dem einzigen Hügel in diesem Wohnbereich, der sich zum Rodeln für die Kinder eignet, mußte abgebrochen werden.

BALD GIBT'S DEN FRAUENBUCHLADEN

WIR SIND FRAUEN
WIR SIND VIELE
WIR BRAUCHEN EINEN FRAUENBUCHLADEN
WIR HABEN EINEN GEFUNDEN – JETZT BRAUCHEN WIR GELD!

FRANKFURT (ID) 11.März

Neben den verschiedenen Initiativen und Projekten in Frankfurt, die von Frauen für Frauen gemacht und geplant werden, zum Beispiel das Frauencafé in der Niedenau, das Frauenzentrum im Nordend, das Bockenheim Zentrum als Treffpunkt und Beratung für Frauen, der Kleidertauschladen im Gallus, die Kneipe und das Buchcafé in Sachsenhausen, das Frauenhaus und anderes, hat sich für uns die Idee eines eigenen Frauenbuchladens entwickelt.

Wir wollen Bücher, Plakate, Platten usw. zu speziellen Themen der Frauenbewegung anbieten und ein umfangreiches Archiv zur alten und neuen Geschichte der Frauenbewegung, eine Sammlung von Examensarbeiten zu Frauenthemen, ein Film- und Fotoarchiv usw. aufbauen und daneben ein breites Angebot der wichtigsten Frauenbücher und Zeitschriften aus den USA, Italien, Frankreich, England, Portugal sowie Übersetzungen organisieren.

Wir möchten einen Treffpunkt für Bockenheimer Frauen schaffen und deshalb auch ein Café einrichten, sowie neben den bereits in München, Berlin, Hamburg, Paris, Mailand und Zürich bestehenden Frauenbuchläden auf internationaler Ebene Erfahrungen und Informationen mit Frauen austauschen bzw. die Möglichkeit dazu anbieten.

Wir sind im Moment wegen der Renovierung, Einrichtung, dem Sortiment und dem Geld (!) am ro tieren, deshalb hier unsere Kontonummer: 52-426 105, Frankfurter Sparkasse v.1822, Kulturzentrum e.V., Stichwort „Frauenbuchladen".
Unsere Adresse: 6 Frankfurt/M, Kiesstraße 27,Tel. 70 52 95
Eröffnet wird voraussichtlich am 2.Mai.

P.S. Bislang erfolglos war die Suche nach dem Namen für den Laden. Was uns dazu einfiel war „Hexenküche",„Allerleihrauh", „Papas Wüste – Mamas Oase", „Frauenzimmer"... Vorläufig wirds halt weiterhin „Frauenbuchladen" heißen.

BERICHTIGUNG

BERLIN (ID)
9. März

Im ID 108 veröffentlichten wir unter dem Titel „Lesbische Weihnachten im Odenwald" Adresse und Kto.-Nr. der Lesbenzeitung UkZ (Unsere kleine Zeitung). Die UkZ wird nicht, wie irrtümlich angegeben, vom Verlag S. Helene Richter herausgegeben, sondern von der Gruppe L 74 Berlin. Postbezug vierteljährlich 6 DM (Postscheckkonto Käthe Kuse/Sonderkonto, Berlin-West 277 12-105).

TRIBUNAL IN BRÜSSEL: GEWALT GEGEN FRAUEN

FRANKFURT (ID)
11. März

Vom 4. - 8 März fand in Brüssel ein Frauenkongreß statt, ein für alle Frauen öffentliches internationales Tribunal mit zahlreichen Anklagen gegen die Gewalt, die den Frauen in der ganzen Welt widerfährt (s.ID 110). Delegierte aus Australien, Ägypten, Belgien, Dänemark, England, Frankreich, Indien, Italien, Irland, Norwegen, Puerto Rico, Spanien, Schweiz, BRD, Westberlin und den USA waren gekommen. Es wurden Filme gezeigt, Videobänder, und zahlreiche Stände waren aufgebaut mit Informationsmaterial über die Situation von Frauen aus aller Welt. In einem abgeschlossenen Raum demonstrierten die Frauen die Anwendungsweise der Selbstuntersuchung.

Die westdeutschen Medien nahmen diesen Kongreß gerade noch zur Kenntnis, weniger aber um die inhaltlichen Aussagen, als um die Geschehnisse dort einem patriarchalischen, teils ironischen, teils zynischen Kommentar zu unterziehen, trotzdem die männlichen Journalisten und Kamerateams schon am ersten Tag aus dem Plenarsaal rausgeschmissen wurden – und obwohl die Berichte über das Tribunal nur vonJournalistinnen verfaßt worden sind.
Trotzdem ist auch in der BRD deutlich geworden, daß hinter Brüssel eine starke internationale Frauenbewegung steckt, die bereit ist, sich ihre Autonomie gegen die phallokratischen Gesellschaften und ihre Strukturen zu erkämpfen: Autonomie gegenüber einer männlich normierten, machtstrotzenden, sexistischen Sprache, Autonomie auch gegenüber der Norm eines kühl berechneten, distanzierten Auftritts, der jede Rednerin mit männlichen Zuhörern sich ausgesetzt gesehen hätte – daher der Rausschmiß. Alle Frauen gingen von der radikalen Subjektivität ihrer Erfahrungen und deren Verarbeitung aus, die in dieser ausschnitthaften Zusammenfassung leider verloren geht.
Jede Rednerin stellte in ihrer Person eine Anklage gegen die Gewaltpraktiken der Männergesellschaften dar, die alltägliche materielle Gewalt, subtile Entmündigung, Isolation und Verfolgung, ausgetüftelte, seelische Quälerei, Versklavung, tierische Ausbeutung, Vergewaltigung, sexuelle Folterung heißt. Nicht die Persönlichkeit der Frau (wie etwa die des Mannes) macht die Besonderheit dieser Gewalt aus, sondern das Jonglieren, den bewußten Einsatz der schizophrenen Frauenrolle zwischen Mutter–Ehefrau und Sexualobjekt. Als Mutter bist du gut, rein, als Ehefrau arbeitsam und gefügig, als Sexualobjekt frivol, käuflich, zu nehmen. An dieses Spektrum ist jede Frau genagelt – Gewalt genug.

Damit die Unterdrückung auch gelingt, schneidet man den Frauen in Afrika die Klitoris heraus, verkauft man sie dort und in Südamerika schon als Kinder an den Ehemann. An einem Ort verstößt man die Frauen, wenn sie uneheliche Kinder haben, am anderen Ort, wenn sie keine Kinder haben. In vielen Teilen Südamerikas leisten die Frauen praktisch die gesamte Reproduktionsarbeit, ohne geringste Rechte über ihre Person. Eine Indianerin hat den Mann umgebracht, der ihre Tochter vergewaltigte, sie wurde zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt, doppelt bestraft als Frau und Indianerin. Der Rassismus potenziert stets die Gewalt gegen Frauen: alltäglich, juristisch, im Gefängnis. Nichtweiße Frauen stehen an der untersten Stelle der gesellschaftlichen Hierarchie. Aber auch brutal vergewaltigte Frauen in Europa sind dem männlichen Rechtsstaat hilflos ausgeliefert. Zynische Kripo-Beamte bezweifeln ihre Aussagen und ihre Schuldlosigkeit. Im Prozeß liegt die Beweislast allein auf der Frau, da es keine Zeugen gibt und es ist der in der Öffentlichkeit stets zwielichtig betrachtete Kampf gegen die Rolle als Sexualobjekt, die viele Frauen von der Anklage abhält.

Die Frauen erzählten von der Entwürdigung und Entmenschlichung, die ihnen bei Vergewaltigungen – eine Dänin machte diese Erfahrung auch im pornographischen Gewerbe – widerfahren waren, und die ihr Leben entscheidend geprägt haben. Bei fast allen war die Hilfe anderer Frauen die einzige Chance ihr seelisches Gleichgewicht zurückzugewinnen. Die bürgerliche Psychotherapie wurde als illusionär und sogar schädlich kritisiert, da sie nur den Zwang zur Anpassung an die doktrinäre Frauenrolle aufrechterhalte und das Leiden der Frauen nie als Wesensmerkmal der patriarchalischen Gesellschaft begreife. Aus dem Trauma eines zerrissenen, stets bedrohten und geknechteten Lebens und der erfahrenen Ungerechtigkeit erwächst der Traum einer Frau nach Befreiung durch Töten des schlagenden, stets besoffenen, faulen Ehemannes und Vergewaltigers, durch Kampf um eine Gesellschaft, die die männliche Macht, das phallokratische Wirtschaftswachstum, den Krieg, die Zerstörung beiseite räumt. Sie erhielt viel Beifall.

Der Haß nach den Erfahrungen mit einem Mann oder den männlichen Institutionen hat viele Frauen zu militanten Feministinnen gemacht. Eine Amerikanerin, 51 Jahre alt, neun Kinder, hatte sich nach vielen Schlägen und Streit entschlossen, ihren Mann zu verlassen. Sie wurde mit den Kindern im Zug verhaftet und unter Androhung harter Strafen aufgefordert, zu ihrem Mann zurückzukehren. Als sie sich weigert und Widerstand leistet, wird sie von den Kindern getrennt und erst in eine Isolationszelle, dann in die Psychiatrische Klinik als unheilbar eingewiesen. Ohne die Unterschrift ihres Mannes kann sie nicht mehr raus. Erst als ihre Tochter für sie Rechtsanwälte findet, gelingt es in langer Prozedur, sie zu befreien.

Die gewaltsame Trennung der Frauen von ihren Kindern setzen nicht nur Ehemänner mit Erfolg als Erpressung ein, sondern auch alle totalitären Folterknechte, wie aus Chile, Indien, dem Iran und Spanien berichtet wurde. Die emotionale Bindung der Frau als Mutter und Ehefrau, ihr unterlegener Sexualstatus sind geeignete Quellen der Demütigung und Erpressung aller Frauen im Widerstand. Die ihr von den phallokratischen Gesellschaften aufgezwungene Frauenrolle negiert sich also immer wieder in der gewaltsamen Behandlung der Frauen durch diese Gesellschaft selbst.
Die Lesben verstehen sich daher als die einzigen, die sich selbst befreien, indem sie dieser Rolle und ihrer Gesellschaft konsequent den Rücken kehren.
Wir werden versuchen, im nächsten ID noch einige Beiträge aus dem Tribunal zusammenzufassen.

POLIZEI SORGT FÜR DIE „RICHTIGE" PRESSE – JUGENDHOF ODENTHAL-KLEV

KÖLN (ID)
1. März

Seit 18 Monaten betreut der Verein Kollektiv e.V. auf dem „Jugendhof" in Odenthal-Klev16 obdachlose Jugendliche. 12 der Mädchen und Jungen versuchen, in Selbsthilfe den Hauptschulabschluß nachzuholen. (vgl. ID Nr. 109) Nach bislang recht positiven Berichten darüber sollte sich dies jetzt allerdings ändern:

Ein Beamter, dessen Namen mit „Allwiss" überliefert ist (vielleicht handelt es sich aber auch nur um den Vornamen Aloys oder um einen Spitznamen) und der als immer korrekt gekleidet, mit rötlich-blonden Bürstenschnitt geschildert wird, Angehöriger der politischen Polizei vom Kölner Waidmarkt, stattete am Freitag, den 16. Januar 1976,dem Redaktionsleiter der „Bergischen Landeszeitung" (Nebenausgabe der „Kölnischen Rundschau" für den Rhein.-Berg. Kreis), Horst Breiler einen Besuch ab.

In einem vertraulichen Gespräch informierte der Staatsschützer Allwiss (bleiben wir bei dem Namen) den Journalisten Breiler darüber, daß die Verantwortlichen des „Jugendhofs", Heinz Faßben-

der (24) und Hans Stendel (46), keine sozial eingestellten Idealisten, sondern unverbesserliche Kriminelle seien. Gegen beide werde der wegen des Verdachts der Unzucht mit Abhängigen und der unrechtmäßigen Bereicherung auf Kosten der Jugendlichen ermittelt. Auch seien die Betreuer erheblich vorbelastet und weiter kriminell aktiv.

In einer Redaktionsbesprechung ordnete Breiler daraufhin sofort an, daß über die Arbeit des Vereins Kollektiv künftig nicht mehr berichtet wird.

ZWEITER AKT DES KRIMIS

Heinz Faßbinder hatte schon vorher aus Polizeikreisen einen „heißen Tip" bekommen, daß das 14. Kommisariat nicht gut auf den Jugendhof zu sprechen sei.

Der rief daraufhin den ihm bekannten Rundschau-Journalisten Peter Halberkann, der bislang immer die Berichte über den Klever Hof geschrieben hatte, an. Aber diesmal war der für einen Bericht über aktuelle Probleme des Jugendhofes mit dem Vermieter merklich desinteressiert und wimmelte Faßbender ab. Der sagte dem Zeitungsmann auf den Kopf zu: „Die Polizei war bei euch." Nach einigem Zögern bestätigte der Journalist, was dem Verein längst klar war: „Die politische Polizei will unsere Arbeit durch gezielte Verleumdungskampagnen kaputt machen."

Der Verein Kollektiv schaltete daraufhin einen Rechtsanwalt ein. Das Büro Küttner und Lahme stellte Strafanzeige gegen Beamte des 14. Kommisariats und erhob Dienstaufsichtsbeschwerde.

Die Anwälte stellten fest: „Die Behauptungen (über Faßbender und Stendel) sind frei erfunden und falsch." Die Mitglieder des Vereins seien schutzlos polizeili chen Gerüchten ausgesetzt, die ihnen schweren Schaden zufügten. Dem Verein drohe durch das Vorgehen der Polizei der Entzug der wichtigen Unterstützung durch die Öffentlichkeit.

Die Folge: 16 Jugendliche stehen wieder auf der Straße oder müssen in die Heimerziehung zurück. Die Chance, den Hauptschulabschluß nachzuholen, wird ihnen genommen.

DIE TRAURIGE ROLLE DER RUNDSCHAU

Der Journalist Heinz G. Schmidt, der an einer WDR-Sendung über das Wohnkollektiv arbeitete, schaltete sich ein. Er befragte Redaktionsleiter Breiler über den Vorfall. Breiler bestritt die Behauptungen von Faßbender und Halberkann. Auch die übrigen Redaktionsmitglieder hielten sich an diese Aussage. Weitere Auskünfte wurden verweigert. Stattdessen wurde Peter Halberkann zum Redaktionsleiter zitiert. Halberkann „gesteht", die Informationen, die dem Jugendkollektiv bereits bekannt waren, bestätigt zu haben.

Daraufhin werden dem Journalisten zwei Möglichkeiten angeboten: fristlose Kündigung oder Kündigung auf eigenen Wunsch. Halberkann lehnt beides ab. Er übergibt den Fall seinem Anwalt. Ein Kompromiß wird ausgehandelt. Der unter Druck gesetzte Journalist erklärt sich unter Zahlung einer geringen Abfindungssumme mit der Auflösung des Arbeitsverhältnisses einverstanden.

Sein Vergehen: Bruch des Redaktionsgeheimnisses! Konkreter: Peter Halberkann hatte sich dagegen gewehrt, daß heiße „Polizei-Tips" die redaktionelle Arbeit bestimmen.

Staatsanwalt Bellinghausen, Sprecher der Kölner Staatsanwaltschaft, bestätigte, daß „solche subtilen Methoden" des Informationsaustausches zwischen Behörden und Presse durchaus angewendet werden. Wie wenig subtil sie in der Praxis sind, hängt von der Art der Kontakte ab. Redaktionsleiter Breiler ist seit Jahren mit dem zuständigen Sachbearbeiter beim 14. Kommisariat, Alfred Bendler, befreundet.

Gegenüber dem Journalisten Heinz G. Schmidt erklärte die politische Polizei, daß die Zusammenarbeit mit den Zeitungsredaktionen gut sei. Gegebenenfalls werden sogar Demonstrationsfotos ausgetauscht.
(aus: Kölner Volksblatt 3/76)

PROTEST GEGEN DIE SCHULPOLITIK

FRANKFURT(ID) 1. März

Am Samstag, dem 6. März gab es mal wieder eine große Demonstration (die Schätzungen gehen bis 4 000 Teilnehmer) in Frankfurt. Die GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB) hatte dazu aufgerufen – ob sie wohl entzückt darüber war, wer alles kam? – bunt und lustig sah's aus: nicht nur die roten Transparente mit den ordentlichen steifen Buchstaben und die vorgedruckten Gewerkschaftsflugblätter gab es, sondern viele Farben, viele Bilder, Karikaturen, viele Kinder, gute Stimmung wie schon lange nicht mehr.

Der 6. März war übrigens für Lehrer und Schüler ein Arbeitstag, damit die Sommerferien verlängert werden können. Ursprünglich sollten sie vom 18. Juni bis 28. Juli dauern. Dies hätte jedoch zur Folge gehabt, daß die zum Schuljahrbeginn neu eingestellten Lehrer schon den Juli bezahlt bekommen hätten. Also: man arbeitet drei Tage vor, hängt diese an die Sommerferien an, die damit erst am 31. Juli enden und spart durch diesen Trick ein Monatsgehalt für alle neueingestellten Lehrer.

Inhalt der Demonstration war die gesamte Schul- und Bildungsmisere in Hessen: d.h., einmal die Aufrechterhaltung der alten Forderungen nach kleinen Klassen, mehr Lehrern usw. und dann aber vor allem der geharnischte Protest gegen die derzeitigen Maßnahmen der Landesregierung bzw. Kultusminister Krollmanns (Krollmann, Krollmann, treib es nicht zu toll, Mann!), die die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen von Lehrern wie Schülern in einem nicht gekannten Ausmaß verschlechtern durch: Zusammenlegung von Klassen, Einführung von Normenbüchern, erhöhten Leistungsdruck und Numerus Clausus, Bedrohung der Schülermitverwaltung, Erhöhung der Arbeitszeit der Lehrer (schön gestaffelt, um zu spalten), massive Lohnkürzung bei bestimmten Lehrergruppen (auch das soll spalten!), massenhafte Nichteinstellung sowohl der Studenten als auch der ausgebildeten Lehrer (selbst die Examens-Einser kriegen nicht immer eine Stelle – aber nach Noten wird – per Erlaß – selektiert, schon in der Uni und erst recht danach), statt Planstellen werden an die fertigen Lehrer Lehraufträge vergeben, für einen Hungerlohn, politische Disziplinierung und Berufsverboten usw. usw.

Doch es demonstrierten massenhaft nicht nur marschgeübte Junglehrer, sondern auch viele, sehr viele Schüler und Eltern.
Der beste Beitrag bei der abschließenden Kundgebung war dann auch der des Elternbeirats von der Frankfurter Lersnerschule. Das ist das eine, das in der Presse kaum Beachtung fand, die hatte nur Ohren für Gewerkschaftsboss Fristers schöne Worte. Aus der so zusammengesetzten Masse der Demonstranten hörte man auch Sprechchöre wie "Die GEW alleine die bringt nichts auf die Beine – Eltern, Lehrer, Schüler, gemeinsam sind wir stark." Und das ist der zweite Punkt, den die Presse verschwieg, indem sie nur das wiedergab, was GEW-Frister am Mikrofon Radikales tönen ließ: bei vielen Demonstranten wurde auch Kritik laut an der Gewerkschaft, die oft genug das wieder abwiegelt, was sie in Wortradikalismus produziert. Provozierend oft sah man die Aufschrift auf Transparenten "Eine Gewerkschaft ohne Streikbereitschaft ist ein Papiertiger" – ein Zitat aus der GEW-eigenen Hessischen Lehrerzeitung von – na – 1973!!!!
Und das ist der dritte wichtige Punkt, der nicht unter den Tisch fallen darf: fast die ganze Demonstration war sich einig in der Einschätzung: "Die GEW tut niemand weh,
solange wir nicht streiken!
Dem Krollmann muß man's zeigen!!!

AUF TODESSCHUSS GUT VORBEREITET

NEUSS (ID) 10. März

Auf einer Fortbildungsveranstaltung der Polizei im August-Pieper-Haus in Aachen, Thema: „Gesellschaftliche Veränderungen, neue polizeilichrelevante Lagen, neue Normen, Erfahrungen in der Anwendung dieser Normen" forderte Fernseh-Fahnder Zimmermann verstärkte Polizeikontakte zu Schulen, Vereinen, Jugendclubs, Erwachsenenbildungsstätten. Interessanter war ein Erfahrungsbericht des leitenden Kriminaldirektors Hoeveler vom BKA Wiesbaden. Er berichtete über seine Ausbildung an der FBI-Akademie in Washington. Besonders imponiert habe ihm dort die Hingabe an den Dienst, das hohe Vorbildungsniveau, das harte Training, die hohe Bezahlung und das soziale Prestige. Besonders betonte Hoeveler das Sicherheitsgefühl, das ihm die intensive Schießausbildung mit 1.000 Schuß pro Tag vermittelt hat. Hoeveler dürfte nicht der einzige BKA-Mann sein, der sich beim FBI auf das neue Polizeigesetz, den Todesschuß vorbereitet.

WER AUFRUFE UNTERSCHREIBT, IST TÄTER
... wenn es nach der Staatsanwaltschaft geht

WESTBERLIN (ID) 10. März

Am 1. März sollte in Westberlin in 2. Instanz vor dem Ehrengerichtshof über das Berufsverbot gegen Rechtsanwalt Ströbele entschieden werden. Am 17.9.75 war der Erlaß eines Berufsverbotes in 1. Instanz abgelehnt worden.

Neben Prof. Grünwald aus Bonn und Rechtsanwalt Scheid aus Berlin hatte sich Rechtsanwalt Preuß, wie schon in der 1. Instanz, bereiterklärt, Rechtsanwalt Ströbele als Verteidiger zu unterstützen. Der Termin mußte aber aufgehoben werden, weil die Staatsanwaltschaft den Ausschluß von RA Preuß als Verteidiger im ehrengerichtlichen Verfahren beantragt hatte.

Ausschlußgrund sollte der Verdacht der „Tatbeteiligung" sein, weil RA Preuß zusammen mit RA Ströbele und 4.500 anderen Personen im Herbst 74 einen Aufruf unterschrieben hatte, in dem zur zur Diskussion darüber aufgefordert wurde, „ob in Westberliner Gefängnissen Foltermethoden angwandt werden oder nicht".

Die Staatsanwaltschaft hat selbst dann noch an dem Ausschlußantrag festgehalten, als RA Preuß vom Vorwurf, damit ein Standesvergehen begangen zu haben, in 2. Instanz freigesprochen worden war. Sie begründete dies damit, daß dieser „Freispruch nicht mehr existent" sei, weil sie dagegen Revision eingelegt habe.

Am 8. Januar wies der Ehrengerichtshof den Ausschlußantrag gegen RA Preuß endgültig zurück, weil nach dem Freispruch „eine Verurteilung nicht mehr wahrscheinlich sei". RA Preuß kann Ströbele also weiter verteidigen. Neuer Termin für das Berufsverbotsverfahren ist für ende März/Anfang April zu erwarten.

PERFEKTER STAATSSCHUTZ IM STADION

WIESBADEN (ID) 10. März

Der internationale Medienverbund wurde zum ersten Mal bei den Olympischen Spielen 1972 in München getestet. Nichtssagende Informationen, die auf künstlich geschaffenen Normen und Werten beruhen, wurden von über 4.000 Journalisten über Wochen in mehrere hundert Millionen Köpfe gebracht. Weltweit wurde die Funktionstüchtigkeit der staatlichen Verdummungsmaschinerie im Medienbereich bis hin zum Satelliteneinsatz getestet. Bei Bundesligaspielen werden in den Fußballstadien seit einigen Monaten von der Polizei Aufklärungs- und Beweissicherungsprobleme bei Massenveranstaltungen untersucht.Erste Ergebnisse einer künftig einheitlichen Strategie gegen Störer werden jetzt in Polizeizeitschriften veröffentlicht. „Seit dem Herbst 1974 hatten Jugendliche ... Unbeteiligte zu terrorisieren versucht. Wie oft beim kriminellen Geschehen, waren die Vorgänge denen in anderen europäischen Ländern verwandt." Terrorisieren, kriminelles Geschehen, das sind harte Worte für alle, die gezwungen sind, auf den Rängen zu stehen und tatenlos den Spielen anderer zuzusehen. Wer dabei die Geduld verliert,ist kriminell, übt Terror aus.

Der Test von Maßnahmen gegen Störer bei Großveranstaltungen ist ein nationaler Test. Seine Ergebnisse gelten nicht nur für den Sport.Sie gelten für alle Veranstaltungen, die die Massen massenhaft bewegen.

Berichte aus Offenbach, Essen, Düsseldorf, Berlin und Duisburg wurden, wie das o.a. Zitat unter der Überschrift „Lösungen" in der „Deutschen Polizei" veröffentlicht. Hier eine Zusammenfassung:

Anmarsch- und Abmarschwege werden durch Polizei kontrolliert. Eingesetzt: Streifen- und Mannschaftswagen, Pferde und Hunde. Greifkommandos. Zivilbeamte mit verdecktem Funkgerät. An StadioneingängenKontrollen, teilweise schon mit Metallsonden. Im Stadion: Einsatz von Fototrupps in Uniform und Zivil, Räumkommandos, die mögliche Unruheherde von zwei Seiten her aufrollen können, diese Kommandos sind je fünf Mann stark und werden über Zivilbeamte mit verdeckten Funkgeräten gerufen. Beamte in Zivil liefern bei Anzeigen die nötigen Beweise. Beweise kommen auch über die Foto-Trupps, die mit Teleobjektiven arbeiten und auch Filmkameras einsetzen. Eingesetzt werden auch Fernseh-Übertragungswagen und mobile Magnetaufzeichnungsgeräte. Die dazugehörende Kamera streicht ständig über die Ränge, soll verunsichern und Beweise festhalten. Die Einsätze werden zentral gesteuert durch Funk-Leitstellen, die meist fest in den Stadien installiert sind. Oft in oder neben den Sprechstellen für Funk und Fernsehen. Am perfektesten funktioniert das System in Duisburg. Zitat Polizeirat Drews: „Sofortige Festnahme, Anzeigenerstattung und Erkennungsdienstliche Behandlung noch im Stadion. ... Hausverbot und Identifizierung und Überwachung bei den nächsten Spielen anhand der ED-Fotos. Abgabe von Anzeigenvorgängen am ersten Werktag der folgendenWoche. Einsetzung eines Sonderstaatsanwaltes bei der StA Duisburg. Beschleunigtes Verfahren und regelmäßige Veröffentlichung durch die Presse. ... Der letzte Versuch, im Stadion Krawall zu machen, dauerte etwa zwei Minuten unter Beteiligung von 20 Personen."

In Duisburg hat man es geschafft. Da spielen auch schon die Fahrer öffentlicher Verkehrsmittel mit und rufen über Funk die Polizei, wenn sie Störer im Wagen haben. Gehalten wird dann erst an einem mit der Polizei vereinbarten Treffpunkt. Auch die Presse, die ursprünglich über die „Krawalle" berichtet hatte, schweigt mittlerweile. Sie ist, so Drews, „auf die Linie der Polizei eingeschwenkt".

IN EINEM JAHR 470.000 ÜBERPRÜFUNGEN

MAINZ (ID) 9. März

Das Meldegesetz Rheinland-Pfalz schließt die Weitergabe von Personenangaben an Behörden und weitere Ämter nicht aus. Die Einwohnermeldeämter sind sogar verpflichtet, die Daten zur Auswertung an die Kripo weiterzuleiten. 1974 wurden in Rheinland-Pfalz rund 470.000 Personen über 14 Jahre über das Landesrechenzentrum und das BKA-Terminal überprüft. Die Ergebnisse dieser Überprüfungen gingen dann weiter an die „Kriminalaktensammlungen" der verschiedenen Landkreise. Mitgefüttert wurde der INPOL-Computer beim BKA.

DER SCHWÄCHERE IST IMMER DER SCHULDIGE

BERLIN (ID) 10.März

Als allein Schuldiger wurde jetzt der 36jährige Helmut Krestan wegen Totschlags an einem Mithäftling zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Krestan saß wegen Totschlags an seiner Frau in der Tegeler Justizvollzugsanstalt. Im Mai 1973 bat er in mehreren Schreiben an die Knastleitung um Verlegung in eine neurologisch-psychiatrische Abteilung, weil er es nicht mehr in seiner Zelle aushielt und seine Handlungen nicht mehr kontrollieren konnte.

Schon damals drohte er, seinen Mitgefangenen Manfred Methner umzubringen. Die Anstaltsärzte Dr.Borz und Dr.Hiob lehnten jedoch eine Verlegung ab. Ende Juni 1973 drehte Helmut Krestan durch. Bei einer Schlägerei schlägt er Methner blutig und bewußtlos. Obwohl Anstaltsarzt Borz über Telefon eine genaue Schilderung des Zustands von Methner bekommt, diagnostiziert er „Simulation" und gibt den Wärtern nur Anweisung, in Stundenabständen Blutdruck und Puls zu messen. Methner bleibt mehrere Stunden ohne medizinische Versorgung. Schließlich wird er ins Krankenhaus gebracht, wo er nicht mehr aus seinem Koma erwacht und einige Monate später an einer Hirnschädigung stirbt.

Obwohl Sachverständige Methner bei richtiger medizinischer Behandlung eine Überlebenschance von 65% gaben, erkannte das Gericht Krestan und nicht die Ärzte als Alleinschuldigen an. Fahrlässig unterlassene Hilfeleistung eines Arztes sei nicht strafbar. Die Tatsache, daß Krestan Methner schon vorher mit Aggression gedroht hatte, wurde nicht als weiteres Indiz für die Verantwortungslosigkeit der Ärzte und der Anstaltsleitung ausgelegt, sondern wurde Krestan strafverschärfend angerechnet. Das Verfahren gegen die Ärzte wurde eingestellt. Krestan dazu während der Verhandlung: „Warum sitzt der Arzt nicht hier? " Und zum Gerichtsvorsitzenden: „Ich wünsche Ihnen die Pest an den Hals! Ich werde die zehn Jahre überstehen. Hoffentlich sehen wir uns dann wieder."

Fälle wie Krestans können sich jederzeit wiederholen. Die medizinische Versorgung in den Berliner Haftanstalten wird immer schlechter. Die Knäste sind überbelegt. Flure werden in Zellen umgewandelt. Agressionen und psychische Erkrankungen

steigen, ohne daß auch nur die schlimmsten Auswirkungen wie Selbstmorde und Agressionen gegen Mitgefangene verhindert werden könnten. (Siehe Stellungnahme der Berliner „Ärztegruppe für eine ausreichende medizinische Versorgung in den Haftanstalten"; ID Nr. 114)

TRÄNENGAS IN UNTERKUNFT

MÜNSTER (ID) 3. März

Während des zweiwöchigen Truppenübungsaufenthaltes der 1./194 in Putlos an der Ostsee im Januar kam es, abgesehen von den vielen kleinen Schikanen der Kappos, zu einem größeren Zwischenfall, der Maj. Jung, den verantwortlichen KpChef, hoffentlich einige Federn kosten wird. Am Samstag, den 17.1. wurde früh morgens ein Alarm durchgeführt, in dessen Verlauf in einer der beiden Baracken 2 Tränengasbomben gezündet wurden. Dies widerspricht ganz klar den Sicherheitsbestimmungen über den Umgang mit Kampfstoffen dieser Art, die in geschlossenen Räumen nicht eingesetzt werden dürfen. Die Folge dieses gesundheitsgefährdenden Tränengaseinsatzes war, daß den im Gebäude anwesenden Soldaten, zumeist Innendienstkranke, denen der Major eins auswischen wollte, erst die Tränen in die Augen schossen und einige sich erbrachen. Daß ein betroffener Soldat hiergegen eine Beschwerde geschrieben hat, ist mehr als recht und alle Soldaten sind sehr gespannt, wie die Sache ausgehen wird, denn daß es sich hier um einen schweren Verstoß gegen die Dienstvorschriften handelt, bei denen unsereins mit Bau und Geldstrafen zu rechnen hätte, leuchtet ein. Wieviel Angst Major Jung vor einer Beschwerde über diesen Vorfall hat, zeigte sich, als er sich letzten Freitag, den 30.1. vor versammelter Mannschaft der ersten Kompanie offiziell für dieses „Versehen" !!! entschuldigte; man muß sich diese Unverschämtheit mal vorstellen: da werden absichtlich 2 Tränengasbomben in den Flur einer Unterkunft gestellt und der Herr Major meint er könnte uns mit dieser billigen „Entschuldigung" abspeisen.

Nach einem Gespräch mit Maj. Jung, das noch am gleichen Tag war, zog der Soldat, der Zeitsoldat ist und so einem noch stärkeren Druck von oben ausgesetzt ist als ein Wehrpflichtiger, seine Beschwerde sofort zurück. Was genau bei diesem „Gespräch" vorging, ist ungewiß, aber ich glaube, das kann sich sowieso jeder denken!! Anbei möchte ich als Rechtsinformation für den betroffenen und alle anderen Soldaten, den § 35 des Wehrstrafgesetzes zitieren:

„Wer einen Untergebenen durch Befehle, Drohungen, Versprechungen, Geschenke oder sonst auf pflichtwidrige Weise davon abhält, Eingaben, Meldungen oder Beschwerden bei der Volksvertretung der BRD oder eines ihrer Länder, bei dem Wehrbeauftragten des Bundestages, bei einer Dienststelle oder bei einem Vorgesetzten anzubringen, Anzeige zu erstatten oder von einem Rechtsbehelf Gebrauch zu machen, wird mit Gefängnis, Einschließung oder Strafarrest bestraft. Ebenso wird der bestraft, wer eine solche Erklärung, zu deren Prüfung oder Weitergabe er dienstlich verpflichtet ist, unterdrückt. Der Versuch ist strafbar."

(Ein Bericht der Zeitung „Rührt Euch!", Nr. 16, der Soldaten- und Reservistengruppe Münster)

„GESPRÄCH MIT DEM LEITER EINES SOLDATENHEIMES"

MÜNSTER (ID/RE) 3. März

Soldatenheime sind Einrichtungen der beiden großen Kirchen, die vom Bund finanziell unterstützt werden. In den Heimen gibt es eine Gaststätte, die mit Hilfe der Unterstützung von Kirche und Bund immer relativ preisgünstig ist, und meistens zusätzliche Räume für Spiele usw. Die Soldatenheime sind fast immer für die Soldaten und Zivilisten geöffnet, da sie ‚Begegnungsstätten' sein sollen. Ganz besonders werden sie in den Dienst der Propaganda für die Bundeswehr gestellt. In ihnen finden Veranstaltungen der Bundeswehr statt, Tagungen und ganz einfach ‚gesellige' Veranstaltungen, wo aber schon über den Namen ‚Soldatenheim' und die Aushänge für die Bundeswehr geworben wird.

Es gibt Soldatengruppen, die sich — da sie völlig öffentlich arbeiten — in solchen Soldatenheimen treffen. Dort ist es wesentlich billiger als in der Kneipe um die Ecke und das Soldatenheim ist immer gleich in der Nähe der Kaserne. Wie auf soch offenes Vorgehen einer Soldatengruppe in einem Fall reagiert wurde, zeigt der folgende Artikel aus Münster. Dies ist aber ein Einzelfall. Es ist kaum zu erwarten, daß in allen Soldatenheimen, mit so zahmen Mitteln auf das öffentliche Auftreten einer Soldatengruppe reagiert wird.

„Wie jeden Donnerstag um 18.00 Uhr fanden sich auch vor drei Wochen zwei Mitglieder der Soldaten- und Reservistengruppe zum Kontakttermin im Soldatenheim ein. Beim Verlassen der gastlichen Stätte wurden sie von dem Leiter des Soldatenheims begrüßt und freundlich aufgefordert, sich mit ihm doch mal kurz zu unterhalten.

Dieser stellte sich als in jeder Hinsicht aufgeschlossenen, unpolitischen Menschen dar, der seine Aufgabe darin sieht, dem Soldaten nach anstrengendem Dienst durch die Einrichtung des Soldatenheims die Freizeit zu verschönern. Gegen die Soldaten- und Reservistengruppe habe er im Übrigen überhaupt nichts, nur um eines möchte er doch bitten, nämlich daß der Kontakttermin nicht mehr im Soldatenheim stattfindet bze. der Termin hierfür nicht mehr mehr in der „Rührt Euch" abgedruckt wird.

Wie jeder weiß, ist das Soldatenheim von Mitteln der Bundeswehr und der katholischen Kirche gebaut worden. Es steht auf katholischem Grundstück und wird durch die katholische Kirche verwaltet.

Die Bundeswehr hat kein Interesse daran, daß die Soldaten über den Kontakttermin mit uns in Verbindung kommen, um sich ggf. zu organisieren oder auch nur Informationen aus ihrer Einheit an die Leute von der „Rührt Euch" weiterzugeben.

Wie der Leiter weiter zu berichten wußte, sind von Seiten der katholischen Kirche Bestrebungen im Gange, das Soldatenheim, „das bisher in politischer Hinsicht keine Position bezogen hat", auch für die Interessen der Bundeswehr einzusetzen. D.h., das Soldatenheim wird demnächst eine Stätte, in der jeder Mensch oder jede Partei oder Gruppe, die positiv der Bundeswehr gegenübersteht, Versammlungen, Vorträge, Tagungen etc. abhalten werden.

Vor allem ist die katholische Kirche dafür bekannt, daß sie sich für die Interessen der Herrschenden einsetzt. Es ist also daher nicht verwunderlich, daß sie indiesem Fall auch versucht, fortschrittliche Menschen aus ihren Räumlichkeiten fernzuhalten. Dieses kann nicht das Interesse der Soldaten sein, daher wie immer."

(„Rührt Euch", Nr. 16)

SOLDATENKOMITEE FORDERT: MEHR EINFLUß AUF DIE BUNDESWEHRKANTINEN

REGENSBURG (ID) 4. März

Das Regensburger Soldatenkomitee stellt in seiner Zeitung „Rührt Euch"(Nr. 6) Selbstbestimmungsforderungen für die Bundeswehrkantinen auf. Diese Forderungen sind angesichts der des geringen Wehrsolds (z.B. knapp 140 DM im Monat für die Wehrpflichtigen) und des unzulänglichen Freizeitangebotes durch die Bundeswehr von hoher materieller Bedeutung für die Soldaten:

„Die Pächter nützen ihre Monopolstellung in den Kasernen aus und langen den Wehrpflichtigen kräftig in die Tasche, während Unteroffiziere und Offiziere ihre Kantinen in eigener Regie führen und dafür noch Wehrpflichtige als kostenlose Arbeitskräfte gestellt bekommen. Gegen diese himmelschreienden Mißstände im Kantinenwesen gibt es eine Bewegung in der Bundeswehr.
KANTINEN IN SELBSTVERWALTUNG DER BUNDESWEHR !
und ZU SELBSTKOSTENPREISEN !
in diesen zwei Sätzen lassen sich die Forderungen der Wehrpflichtigen zusammenfassen.

Das Verteidigungsministerium hat jedoch zum 1.9.75 eine Neuordnung des Kantinenwesens erlassen, die die bestehenden Zustände noch schlimmer macht. Das sind die wichtigsten Neuerungen:

1. Änderung: Die Kantinen werden jetzt nicht mehr von der Standortsverwaltung verpachtet, sondern es werden die Kantinen insgesamt von einer Wehrbereichsverwaltung an eine Heimbetriebsgesellschaft übertragen. Diese schließt dann Verträge mit den einzelnen Pächtern (z.B. ein Bataillon in Bayreuth wünscht Kündigung des Vertrages mit dem dortigen Pächter; wendet sich deshalb an

Wehrbereichsverwaltung VI in München; diese an die zuständige Heimbetriebsgesellschaft und diese an den Pächter in Bayreuth!) Folge: Der Verwaltungsweg wird erheblich länger als bisher, es bleibt noch mehr stecken!

2. Änderung: Bisher mußten die hohen Preise immerhin von der Standortverwaltung genehmigt werden. Dies entfällt jetzt. Stattdessen stehen etwa 30 Artikel auf einer bundesweit einheitlichen Liste, alle anderen Preise können vom Pächter frei Schnauze „entsprechend den ortsüblichen Preisen" festgesetzt werden. Folge: Durch neue Preislisten werden nur einige Getränke billiger (Mineralwasser, Cola), viele Artikel werden teurer. Erst recht werden natürlich die freien Preise hochgesetzt. Und eine Qualitätskontrolle der Waren gibt es dann auch in Zukunft nicht!

3. Änderung: Die Pächter werden in Zukunft von der Pacht (die 1-10 % des Umsatzes ausmachte) ganz befreit, außerdem von allen Energiekosten, Müllabfuhr und ähnlichem. Dies zahlt der Bund (trotz Sparprogramm). Die Pächter zahlen jedoch, wenn sie über 40000 DM im Monat umsetzen (man beachte die Größenordnung !) 2 % in einen Ausgleichsfonds, aus dem alle Pächter, die weniger als 40000 DM im Monat unsetzen, Unterstützung bekommen. Außerdem müssen die Pächter 2 % Abgabe an die Truppe zahlen, wovon wie früher von den Pachteinnahmen, die Kompanien Anschaffungen für Gemeinschaftsräume, Sportgeräte etc. machen können. Folge: Die Kantinenpächter haben nicht nur durch die Preiserhöhungen mehr Gewinn.

4. Änderung: Es wird in Bonn ein Beirat gebildet, der in Kantinenfragen mitbestimmen soll. Neben vielen Generalstäblern und den Vertretern der Pächter sitzen dort 2 Vertreter des DGB und zwei des Bundeswehrverbandes. Folge: Wehrpflichtige, die ja auf Kantinen angewiesen sind, haben keinen Zutritt zum Beirat. Auch bei den Mitbestimmungsausschüssen in den einzelnen Kasernen sind die Wehrpflichtigen hoffnungslos in der Minderzahl.

5. Änderung: Die Verordnung ist schon seit dem 1. September in Kraft. Aber erst vor kurzem wurde die gedruckte Vorschrift an die Dienststellen ausgeliefert. Sie soll außerdem in den einzelnen Wehrbereichen schrittweise eingeführt werden. Folge: Noch weiß keiner richtig Bescheid — Im Dunkeln ist gut Munkeln! — Wer es einmal zum Kantinenpächter in der Bundeswehr gebracht hat, hat ausgesorgt. Macht er weniger als eine halbe Million Jahresumsatz, wird er sogar noch subventioniert!

BILD meinte trotzdem, daß jetzt alles billiger wird (am 4.12. 1975); aber wahrscheinlich lesen die nur die offiziellen Mitteilungen des Verteidigungsministeriums, in denen es heißt: „Dieser Preis wird die besondere Situation des Wehrpflichtigen berücksichtigen ... Das gesamte System der Bewirtschaftung muß durchschaubar sein und muß gleichzeitig unserem demokratischen Verständnis entsprechen... hat gezeigt, daß die Preise erheblich unter den Preisen der ... Gaststätten vor den Kasernen liegen" (HEER, Oktober 75, S. 7/8). Doch auch das Ministerium hat scheints seine Zweifel, ob die Wehrpflichtigen seine Geschichten glauben werden: „Zu recht wird jeder Soldat fragen, was diese neue Bewirtschaftungsform nun tatsächlich bringt." (HEER, S.8). Die Antwort ist nicht schwer: Eine eindeutige Verschlechterung für alle Wehrpflichtigen!"



HEIMLICH, STILL UND LEISE

MAINZ (ID) 10. März

Das Karteiwesen ist heimlich, still und leise ausgeweitet worden. Im Rahmen der Erfassung auffälliger Personen in der BRD und West-Berlin gibt es seit dem ersten Januar dieses Jahres in Berlin eine Zentralkartei, in die Wirte und Hotelbesitzer eingetragen werden, die gegen Berufsvorschriften verstoßen haben, und die dafür mindestens 50 Mark Bußgeld zahlen mußten.

DOKUMENT

ELC — KEINESWEGS FEINDE DES CIA

FRANKFURT (ID) 2. März

13 Geschäftsstellen der Europäischen Arbeiter Partei EAP, eher bekannt als European Labour Committees ELC, sind am 27. Februar morgens von der Polizei und BKA durchsucht worden. Ziel der Aktion war die Beschlagnahmung des „Internationalen Bulletins Nr. 18", das eine Dokumentation über Willy Brandts CIA-Kontakte enthält — wie die ELC sie sieht.

„Die Repression trifft unbarmherzig auf alle fortschrittlichen und sozialistischen Organisationen" könnte man daraufhin wieder einmal meinen, aber bei dieser Gruppe lohnt es sich, etwas genauer hinzusehen, als es die Polizei tat. Aufgefallen ist die ELC hier hauptsächlich mit ihren eigentümlichen Flugblättern: Gegen die faschistische CIA-Rockefeller-Clique! Gegen die atlantische Austerität (was immer das auch sein mag) und durch ihre Zeitung „Neue Solidarität" die vor Betrieben, Arbeitsämtern und in großen Städten verkauft wird.

Ende letzten Jahres wurden zwei ELC-Mitglieder nach einer Strafanzeige von Willy Brandt und Eugen Loderer, die als CIA-Rockefeller-Handlanger bezeichnet wurden, zu Geldstrafen und Haft auf Bewährung verurteilt. Uns geht es nun keineswegs darum, Willy Brandt reinzuwaschen — immerhin konnte in der englischen Fernsehsendung „World in Action" unwidersprochen behauptet werden, daß Brandt CIA-Kontakte hatte, immerhin klafft in Marks und Marchettis CIA-Buch eine große, gerichtlich verfügte Lücke, wo es um den ehemaligen Berliner Bürgermeister geht.

DER CIA UND DIE GANZE WELT

Die Zweifel an der ELC werden deutlicher, wenn man verfolgt, wer nach ihrer Auffassung noch alles vom CIA oder Natogeheimdiensten gesteuert wird. Es sind dies nach ihren eigentlichen Veröffentlichungen:

Daniel Cohn Bendit
Ernest Mandel samt IV. Internationale
"Baader-Meinhof-Bande"
Verlag Roter Stern
die IRA
PLO
Arm der arabischen Revolution
Carlos
Herbert Marcuse
Karl Korsch (schon in den zwanziger Jahren)
KP Italien
DKP
der schwarze September
In den USA:
UFW United Farmworker Gewerkschaft
die Organisationen des schwarzen Nationalismus
der amerikanische SDS
Weatherman
die linke Zeitung „guardian"
Socialist Workers Party (trotzkistisch)
Puerto Ricanische sozialistische Partei
Stokeley Carmichael

Weiterhin hat die ELC als Teil der „faschistischen CIA-Verschwörung" erkannt: jegliche Art von Stadtteilarbeit und Forderungen nach lokaler Selbstverwaltung (denn dadurch wird ein faschistisches Blockwartsystem aufgebaut). Die Ökologie und Umweltschutzbewegung (denn die Forderungen nach Nullwachstum ist völkermordend und macht uns alle zu armen Schluckern), die „Rock-Drogen-Gegenkultur" (denn dort werden Gehirnwäschepraktiken erprobt).

Überhaupt waren und sind die studentische Protestbewegung, die Bürgerrechtsbewegung, die Vietnam-Antikriegsbewegung und fast alle bedeutenden Gruppen der Linken Teil des CIA-Komplotts. Doch damit nicht genug: Auch die von Daniel Ellsberg veröffentlichten Pentagon-Papiere sind CIA-Fälschungen und Ellsberg ist natürlich ein CIA-Agent. Die Enthüllungen um die Watergate Affaire wertet

die ELC als „Versuch, das Präsidentenamt und den Kongreß zu diskreditieren";dies sei eine „klassische faschistische Vorbedingung für den Staatsstreich".

FORD ALS CIA-OPFER

Nachdem so die Fronten abgesteckt sind, nimmt kaum noch wunder, wen sich die ELC in ihrem Kampf gegen die Rockefeller-Kissinger-und CIA-Verschwörung als Bündnispartner auserwählt hat: (Original-Zitat:) „Bedeutende vernüftige Kapitalfraktionen im Westen, unter anderem führende Vertreter der rockefellerfeindlichen Industriegruppe aus Chicago", auch den riesigen Chemiekonzern Montedison, den Schah von Persien, der sich angeblich vom CIA gelöst hat (der derzeitige US-Botschafter im Iran ist der ehemalige CIA-Direktor Richard Helms, d. Red.); Ebenso die Sowjetunion und auch Präsident Ford sowie Politiker aller couleur, wenn sie nur gegen Rockefeller sind. Nur nebenbei: Ford wird als Teil der „legitimen Regierung" angesehen, die es gegen die unsichtbaren Mächte der Rockefellers in Schutz zu nehmen gilt. Ford ist „Opfer dieses Aufstands".

Es ist müßig, aus diesem heillosen Wirrwarr eine politische Linie zu destillieren, die Funktion dieser beliebigen Konstruktionen ist es eben, Desorientierung, Verwirrung und Denunziation unter die Linken zu tragen. Folgt man dieser Verschwörungstheorie, gibt es tatsächlich nur den einen Ausweg: der ELC beizutreten, denn sie ist die einzige wohlbekannte sozialistische Organisation, an der keine schmutzige Vergangenheit klebt." Was ist an ihr sozialistisch? Ausser ein paar Reizworten wie „Arbeiter, Solidarität, revolutionär, Imperialismus" gibt es nicht den geringsten Hinweis auf Zielvorstellungen, Traditionen und Inhalte des Sozialismus. Nachdem ich das ganze krause Material durchgelesen habe, hoffe ich nur, daß ich nach diesem Artikel noch weiß, wo oben und unten ist. Marx kommt nirgends vor, ein bißchen Freud ein bißchen Einstein, Feldtheorie, anale Ängste, Hinz und Kunz. Das klingt dann so: „...die menschliche Gesellschaft als ganze hinsichtlich der Zu- oder Abnahme der Negentropie in der Thermodynamik ihrer gesellschaftlichen Reproduktion..." „..Klinischer Ausdruck derjenigen Art von Epiphänomenalismus, der seine Wurzel im Reduktionismus hat..."; ersparen wir uns mehr davon.

BEVÖLKERUNG WIRD EINGEÄSCHERT

Angeblich auf Grund dieser wissenschaftlichen Basis durchschaut die ELC die Weltverschwörung. Am 31. Dezember 73 wurde enthüllt, daß bis spätestens Anfang 75 in USA und Westeuropa faschistische Regimes installiert würden. Nachdem das ausblieb, wurden Weihnachten 75 in ganz Europa 160000 gleichlautende Flugblätter verteilt, in denen neben dem „drohenden Zusammenbruch des Dollarkreditsystems" vor einem Atomkrieg der Rockefeller-Kissinger und Co gewarnt wurde. Die müssen weg, denn sonst „werden sie in den kommenden Tagen oder Wochen zusammen mit der übrigen Bevölkerung der USA eingeäschert werden." Fazit: „Spende Geld, damit du nächste Weihnachten noch etwas ausgeben kannst!"

Retten kann die Welt nur noch die von der ELC vorgeschlagene Internationale Entwicklungsbank. Noch vor kurzem hieß es: „Bekämpfung des atomaren Countdowns — Februar ist der letzte Termin für die Einführung einer neuen Weltwirtschaftsordnung". Wir haben März; tick...tack...

SCHLÄGE GEGEN LINKE

Labor Commitees gibt es in 13 Ländern, sie haben eine straffe, zentralistische Organisation und verfügen über beträchtliche finanzielle Reserven, deren Herkunft nicht bekannt ist. Der Vermutung, sie seien ein Haufen Spinner, steht in Amerika ihr durchaus planvolles Vorgehn gegen linke Gruppen entgegen. 1969 gegründet, treten sie erstmals bei einem Lehrerstreik in Erscheinung, der sich gegen den Kampf von Schwarzen, Puerto Ricanern und Chicanos um öffentliche Schulkontrolle richtet. Das war so ziemlich der einzige Streik, den die ELC unterstützte: legen Industriearbeiter die Arbeit nieder, wird das prompt für konterrevolutionär erklärt. 1973 wird die National Welfare Rights Organisation NWRO, eine Rechtshilfe Organisation für Schwarze, permanent gestört und als vom CIA unterwandert diffamiert. Als die ELC mit dieser Propaganda keine rechten Erfolge erzielt, erklärt sie die NWRO für aufgelöst und gründet eine Gegenorganisation. Die KP, trotzkistische Gruppen und Jugendorganisationen werden systematisch verunsichert, bei Veranstaltungen tritt die ELC oft mit Schlägertrupps auf, um ihre „Kritik von links" vorzubringen. Dutzende werden danach ins Krankenhaus eingeliefert. Über KP-Mitglieder wurden Karteien angelegt. Verschiedentlich wurde bekannt, daß ELC-Mitgliedern eine angeblich vom CIA verpaßte Gehirnwäsche, mit Beethovenmusik, Psychoterror und ähnlichem „deprogrammiert" wurde. Das Innenleben der ELC — mystischer Firlefanz mit Beethoven, eine konfus erstellte eigene Wissenschaft, Trainingszentren, Psychogramme, weltweite zentralistische Befehlsstruktur — findet eine annähernde Entsprechung eigentlich nur bei einer anderen Popanzorganisation mit politischem Hintergrund: bei der faschistischen Vereinigungskirche. Was diese an rechtsradikal-religiöser Basis sammelt und organisiert, soll die ELC offensichtlich auf der linken Seite machen. Mit ähnlichen Methoden und mit gleichem Ziel.

„GROUCHO MARX" IM SPITZENHEMD

Und was San Myung Mun für die einen ist, ist ELC-Chef und Präsidentschaftskandidat Lyn Marcus alias Lyndon LaRouche für die anderen. Geboren am 9. September 1922, beginnt er seine Karriere in der KP, wechselt zur trotzkistischen Socialist Workers Party, dann zur Sozialistischen Internationalen, bevor er die Führung der Labor Commitees übernimmt. Wo er auftaucht, gibt es regelmäßig Abspaltungen und Verwirrung. Um seine Ideen durchzusetzen, geht er rücksichtslos un gewalttätig vor. Alle seine Aktivitäten sind nicht bekannt, er hat noch viel mehr Namen. Seine Artikel, Aufrufe und „wissenschaftlichen" Abhandlungen prangen stolz in jeder ELC-Publikation. Auf Konferenzen und Parteiseminaren in aller Welt tritt er auf und hält sich gleichwohl bereit, „sich mit Politikern, Industriellen, und Finanzfachleuten zu treffen und sie in der sofortigen Durchführung der Internationalen Entwicklungsbank zu beraten."

Irgendwie hat er starke Ähnlichkeit mit Groucho Marx. Zu einer europäischen Delegiertenkonferenz „Strategie zum Sozialismus" anfang Januar im Wiesbadener Kasino, trug er einen blauen Anzug mit Weste, weißes Spitzenhemd und Fliege und flözte sich lässig über das Pult ...

In Amerika sind die bisher deutlichsten Fakten darüber bekannt geworden, daß hinter der synthetischen Luftblase ELC Counterinsurgency-Strategen von Format stehen: Ein großer Teil von LaRouches Kader Agenten sind nachweislich Polizeispitzel, besonders in Philadelphia, von wo aus die Kampagnen gegen die NWRO und die KP geführt wurden: José Torres, Ex green-beret und Geheimagent in der Armee, Daniel Valdes, Polizist des Staates Pennsylvania und Zeke Boyd, ehemaliger Verteidigungsminister der Black Panthers in Baltimore — bis bekannt wurde, daß er ein FBI-Spitzel war.

Merkwürdig auch, daß die Chase Manhattan Bank, die im Rokkefeller-Besitz ist, ihrem selbsternannten Erzfeind, der ELC, einen Kredit von 48000 Dollar gegeben hat (vgl. ID 106).

NACHRICHTENDIENSTLICHE TÄTIGKEIT

Die ELC hat darüberhinaus ein hochmodernes weltweites Kommunikationsnetz, über das sie jederzeit alle Aktivitäten der Linken registrieren und zentral auswerten kann. Die hauseigene Agentur IPS (nicht zu verwechseln mit dem fortschrittlichen Interpress Service und der Internationalen Presseschau) unterhält ein weitverzweigtes Netz von Fernschreibern. Sämtliche ELC-Büros in Nordamerika müssen zweimal täglich (!) einen Lagebericht an die Zentrale durchtelefonieren, per Telex kommt täglich eine detaillierter Bericht aller europäischen Stationen und in Abständen auch aus Afrika, Asien und Lateinamerika.

Neben aktuellen Ereignissen wird auch ein Überblick von Presseberichten durchgegeben. Die „Neue Solidarität" wird im wesentlichen in den USA zusammengestellt und in den anderen Ländern nur übersetzt. Auch die Brandt-Dokumentation stammt aus USA. Die französische Ausgabe wird in Deutschland zusammengestellt, die fertigen Filme per Luftfracht nach Paris zum Drucken geschickt. Ganz ehrlich im Geheimdienstjargon sagt die ELC, daß sich seit 1972 „der Bedarf nach konzentrierter Abwehrarbeit ergab," weshalb folgerichtig auch eine „Erweiterung der nachrichtendienstlichen Tätigkeit" vorgenommen wurde. „Counter-counterinsurgency" wird das ganze dann blaß genannt.

Daß die ELC das Thema CIA-Intervention zum Aufreißer gewählt hat, zeugt von großem Geschick. Eine Ahnung vom CIA hat sich mittlerweile breitgemacht, bei diesen drei Buchstaben wird man zurecht hellhörig. Bei ihrer Darstellung des CIA wird jedoch aus einer politisch kalkuliert arbeitenden paramilitärischen Interventionstruppe ein irrational mysteriöser Komplott, von „geisteskranken Kriminellen" geführt und letztlich unangreifbar. Das dient eigentlich nur dem CIA selber und hat nun überhaupt nichts mit der politischen Kampagne gegen den CIA zu tun, die sich in den letzten 2 Jahren entwickelte (ID 110). Die Aussagen ehemaliger CIA-Leute, die nun über ihre Arbeit berichten, sind nach ELC-Einschätzung ebenfalls unglaubwürdig und — es wird langweilig — CIA-lanciert.

Als Beteiligte an diesem Komplott erscheinen immer zuerst die, die sich politisch wehren. So werden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Der CIA wird ins überdimensionale-hysterische projiziert, seine konkrete Tätigkeit verschwindet hinter einer bewußt erzeugten Vernebelung und Pauschalisierung. Zum anderen wird die ELC als Spaltkeil gegen linke Gruppen eingesetzt, sie arbeitet nach den klassischen counterinsurgency-Strategien von Denunziation und Provokation.

Dass die ELC überhaupt noch existiert, verdankt sie nicht zuletzt ihrer ungeprüften Behauptung, sie seien Linke — das kann als widerlegt betrachtet werden. In Amerika verirrte sich ein Telex an die IPS und kam in die richtigen Hände: eine Labour Commitee Gruppe in Milwaukee erhielt den Auftrag, dem Polizeichef Informationen zuzuspielen. Eine Detroiter Gruppe solle Kontakt mit der Ortsgruppe der rechtsradikalen „American Independant Party" aufnehmen... Liberation weist daraufhin, daß das Verhalten der ELC sehr stark an "linke" CIA—Gründungen erinnert, woran auch die Tatsache nichts ändert, daß die ELC in bezug auf den CIA laut und forsch „haltet den Dieb" ruft.

Man kann und muß sich gegen solche Gruppen zur Wehr setzen, besonders, solange sie noch nicht so stark sind, daß sie — wie in den USA — die Linke tatsächlich verunsichern können. Man sollte hier auf allen Veranstaltungen, bei denen sie landen wollen, klarmachen, worum es geht und sie rausschmeissen. Die linken Buchläden sollten einmal in den Regalen nachschauen, ob sie vielleicht deren Literatur überflüssigerweise ausliegen haben und ansonsten sollte man einen klaren Kopf behalten.

ERKLÄRUNGEN

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND STECKT SYSTEMGEGNER IN IRRENANSTALT

BONN (ID) 10. März Seit dem 8.4.75 befindet sich der Arbeiter Karl-Heinz Baumann wegen des Verdachts auf Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung in Düsseldorf in Untersuchungshaft. Außerdem wird ihm vorgeworfen, einen Brandanschlag auf die Dresdner Bank in Düsseldorf verübt zu haben. Als einziger Zeuge wird der „Berufszeuge" Jürgen Bodeux genannt. Innerhalb des Gefängnisses engagiert er sich stark: Er wird von den Gefangenen in den „Gefangenenbeirat" gewählt. Als es daraufhin auf den Druck der Knastverwaltung und des katholischen Gefängnispfarrers hin zu Neuwahlen kommt („man fürchtet um die positive Zusammenarbeit") bekommt er beim zweiten Wahlgang noch mehr Stimmen als zuvor.

Am 28.4.75 beantragt der Landesmedizinaldirektor (JVA Düsseldorf) Dr. Baucke die Einweisung von Karl-Heinz in eine psychiatrische Anstalt zwecks Erstellung eines Gutachtens. Am 12.6.75 begründet er diesen Antrag wie folgt:

„... Einige Male weigerte sich Herr B., auf Fragen zu antworten mit der Begründung, das habe mit einer ärztlichen Untersuchung nichts zu tun". ... „Das ganze Auftreten und das gesperrt-mißtrauische, z.T. arrogant-herablassende, z.T. manirierte Verhalten, die eckige Gestik, die teilweise assoziative Lockerung des Denkens, das Reden in Andeutungen, die Motivation für die — nicht eingestandene — Straftat und die Behauptung, zur Baader-Meinhof-Bande zu gehören (diese Behauptung ist das Hirngespinst des Dr. Baucke — Anm. d. Verf.) erwecken den Verdacht auf eine Psychose aus dem schizophrenen Formenkreis. Eine sichere Klärung ist durch eine ambulante Untersuchung nicht möglich, zumal Herr B. sich weitgehend gegen eine gezielte Exploration sperrt. Es wird eine Unterbringung nach Paragraph 81 StPO angeraten...."

Im Klartext bedeutet sowas, daß die Tatsache, daß Karl-Heinz gegenüber SS (Staatsschutz) und SA (Staatsanwalt) von seinem Recht auf Aussageverweigerung Gebrauch macht, genügt, um ihn als „gesperrt-mißtrauisch" — im krankhaften Sinne — hinzustellen. Und: die „Motaivation für die — nicht eingestandene — Straftat" (die für die „Gutachter" schon vor Prozeßbeginn feststeht!) läßt sich für Herrn Dr. Baucke nur durch eine „Psychose" schizophrener Natur erklären, unter dem Motto: der revolutionäre Kampf als Gehirnschaden. Man erinnere sich:

„... Unterstellt, jemand lehne die Rechts- und Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik ab, stelle sich in bewußten Gegensatz zu ihren Wirtschaftsstrukturen und begehe Straftaten, um sie zu verändern: könnte nach den anerkannten Regeln der Psychiatrie darin allein schon ein ausreichender Hinweis darauf gefunden werden, daß ein solcher Beschuldigter an einer Bewußtseinsstörung, krankhaften Störung der Geistestätigkeit oder an einer Geistesschwäche leidet? " (zitiert aus einem Schreiben, das der Vorsitzende Richter am Landgericht Karlsruhe, Dr. Gohl, am 10.5.72 an den ärztlichen Leiter der psychiatrischen Abteilung des Vollzugskrankenhauses Hohenasperg richtet, um die Möglichkeit einer zwangsweisen psychiatrischen Begutachtung des Beschuldigten prüfen zu lassen, nach: Kursbuch 32, Berlin 1973, S. 101).

Am 22.7.75 wurde der Antrag des Genossen, einen Anwalt seines Vertrauens hinzuzuziehen, abgelehnt, mit der Begründung, daß das Gericht einen am Ort ansässigen Anwalt vorziehe. Es ordnet den Düsseldorfer Rechtsanwalt Stratmann bei, dessen Stellungnahme zur psychiatrischen Untersuchung ausschlaggebend sein sollte. Dieser hatte nichts eiligeres zu tun, als dem Antrag von Dr. Baucke auf Einweisung in eine psychiatrische Anstalt zuzustimmen, ohne sich vorher weder schriftlich noch mündlich mit seinem ihm neu zugeteilten Mandanten abgesprochen zu haben. ...

Karl-Heinz zieht einen Düsseldorfer Anwalt, Lohmann, zu Rate, der ihm nach einigem Hin und Her trotz der Widerstände der Staatsanwaltschaft als Verteidiger beigeordnet werden mußte. Gegen den Einweisungsbeschluß wird Widerspruch eingelegt:

„... ist ein Versuch massiver Einschüchterung und indirekter Befragung vermittels psychologischer Techniken unter Umgehung des Rechtsweges seitens des Staatsschutzes! Bereits am Tage nach meiner Verhaftung dutete mir während meiner ersten versuchten Vernehmung ein Angehöriger des Landeskriminalamtes NRW das Vorhaben meiner Einweisung zwecks psychiatrischer Untersuchung an. Hiermit wird ersichtlich, daß der Staatsschutz nicht nur die ihm vom Gesetzgeber übertragene Aufgabe der kriminalpolizeilichen Ermittlung leistet, sondern vermittels subtiler und rechtswidriger Methoden Einfluß auf die Praxis der Rechtsprechung unabhängiger Gerichte zu erlangen versucht. ..." (Auszug aus der Stellungnahme an die 4. Strafkammer des LG Düsseldorf vom 15.1.76).

Sowohl das Landgericht als auch das Oberlandesgericht verwarfen die Widersprüche. Am 23.2.76 ist dann der Verlegungsbefehl da. Als ihn die Schließer holen kommen, leistet er passiven Widerstand (mit dem Erfolg, daß er am Ende in die „Beruhigungszelle" geschleppt wird), der Abtransport war jedoch diesmal noch verhindert worden. Am 25.2.76 wird er gewaltsam deportiert.

KARL-HEINZ TRITT IN DEN HUNGERSTREIK

„... seit fast sechs Tagen habe ich nichts mehr gegessen, wenn ich aufstehen muß, wird mir jedesmal schwarz vor den Augen. Das ist hier noch weit schlimmer, als in einem Gefängnis. Hier wurde mir alles abgenommen, restlos alles, ich durfte kein Stück Papier behalten, keinen Kugelschreiber, gar nichts, selbst die Oberbekleidung bekam ich abgenommen. Dann mußte ich mich in ein Bett legen, als ob ich krank wäre. Einen Hofgang, auch nur eine halbe Stunde wie in Düsseldorf, den gibt es hier nicht für mich, ich bekomme keinen Hofgang, keine Freistunde, nichts, absolut gar nichts, ich bin 24 Stunden täglich in einer Einzelzelle untergebracht, ohne jegliche Bewegung. Immer nur im Bett! Jetzt, nach mehreren Tagen Hungerstreik bin ich schon sehr geschwächt. ..." (Auszug aus seinem Brief vom 29.2.76)

Am 28.2.76 hat er eine Protesterklärung an die Leitung des Landeskrankenhauses Bedburg-Hau gesandt, in der er seinen Hungerstreik begründet: „... Die menschenunwürdige Art der Unterbringung und die zum Selbstzweck entartete Tätigkeit des diensttuenden Arztes Dr. Beyer läßt keine Möglichkeit zum Entstehen eines Vertrauensverhältnisses zu. Die von Dr. Beyer praktizierten Behandlungsmethoden lassen die völlige Mißachtung ärztlicher Ethik implizit beruflicher Sorgfaltspflicht erkennen. Außerdem wird mir hier mein Grundrecht auf freie Arztwahl vorenthalten. Unter den Bedingungen der hier vorherrschenden medizinischen Behandlungsformen, die ihren Ausdruck in der einseitigen autoritäten Struktur von Bestimmenden und Bestimmten findet, und jegliche Mitwirkungsmöglichkeit der Betroffenen verhindert, sehe ich als Antwort auf diesen spezifischen Akt der Gewalt nur noch das Mittel des Hungerstreiks als letzte Darstellungsweise meines Protestes.

Ziel meines Hungerstreiks ist die sofortige Verlegung in die JVA Düsseldorf."

Weitere Informationen über: Knastgruppe, Am Ehrenmal 8, 5300 Bonn-Lengsdorf, Tel.: 02221/27 39 73.

„FALL BRUNKHARDT NOCH NICHT ABGESCHLOSSEN"

FRIEDBERG (ID) 28. Februar

Alfred Brunkhardt starb am 5. Januar 1975 im Zentralkrankenhaus der Justizvollzugsanstalt Kassel. Die Eltern Alfred und Walburga Brunkhardt hatten den Vorwurf der fahrlässigen Tötung und unterlassenen Hilfeleistung erhoben. Wie ihnen jetzt mitgeteilt wurde (s. ID 111), ist das von ihnen geforderte Ermittlungsverfahren gegen Medizinaldirektor Maykemper und den Regierungsdirektor Künkeler eingestellt worden. Hierzu geben die Eltern von Alfred Brunkhardt folgende Erklärung ab und versuchen, Unterstützung durch eine Unterschriftenaktion unter ID-Lesern zu mobilisieren:

„Wir, die Eltern des in der Butzbacher JVA durch fahrlässige Tötung und unterlassene Hilfeleistung umgekommenen Alfred Brunkhardt, sind empört über die Einstellung des Verfahrens gegen den Arzt Dr. Maykemper, der die alleinige Schuld trug, daß unser Sohn nicht mehr lebt.

Nach dem Motto: Die eine Krähe hackt der anderen Krähe kein Auge aus, ist der Obduktionsbericht über die Todesursache so angefertigt worden, daß dem Maykemper keine Schuld nachzuweisen ist, obwohl er einen schwerkranken und bewußtlosen Menschen 150 km nach Kassel fahren ließ, wobei die nächste Klinik nur 15 km entfernt liegt. Der Transport z.B. erfolgte nicht etwa in einem Krankenwagen, sondern mit einem vergitterten VW-Bus, in dem einige Matratzen lagen. Man schickte meinen Sohn auf eine stundenlange Fahrt nach Kassel, was angesichts des Zustandes meines Sohnes das Todesurteil war. 14 Stunden nach der Einlieferung ins Kasseler Krankenhaus starb er. (Die ausführliche Krankengeschichte s. ID 111).

Maykemper wird jetzt von allen Seiten gedeckt, von der Anstalt wie auch vom Landgericht in Gießen, denn sein Titel ist ja auch Medizinalrat, und er ist bei der Justiz angestellt, und diese ganze Bande hält zusammen bei der Unterdrückung der Bevölkerung. Und die Unverschämtheiten gehen weiter.

In einer Presseerklärung in der Frankfurter Rundschau gab der Leiter der Anstalt bekannt, daß unser Sohn außerdem an seiner Misere selber schuld sei, da er sich eventuell gefixt habe. Das war eine reine Schutzbehauptung der Anstalt. Dann heißt es: der Häftling war unheilbar krank. Dies in ganz fett gedruckten Buchstaben. Die Zeitung spielt also das dreckige Spiel mit und stellt die Schandtat an meinem Sohn so hin, daß:

1. der Arzt unschuldig ist,
2. der Alfred unheilbar krank war und,
3. der Alfred überhaupt selber schuld war an seiner Situation.

Jetzt folgt ein weiteres Schurkenstück des Justizapparates. Nach mühevoller Sucharbeit in ihren Akten haben sie Rechnungen entdeckt, die wir, die Eltern, bezahlen sollen. Das ist jetzt die Rache dafür, daß wir die Sache von unserem Sohn an die Öffentlichkeit gebracht haben. Sie verlangen und bestehen darauf, daß wir das Geld überweisen. Es sind 39,60 Zeugengeld und 458 DM Gerichtskosten. Wir, die Eltern, bitten die Leser des ID eine Unterschriftensammlung durchzuführen, damit Dr. Maykemper und Regierungsdirektor Künkeler sofort von ihren Machtpositionen abgesetzt werden, damit die sehen, daß der Fall Brunkhardt noch nicht abgeschlossen ist, und wir weiterkämpfen werden für die Aufnahme des Verfahrens gegen Maykemper und Co.

Denn jedem von uns kann morgen das Gleiche passieren. Schickt die Unterschriften an die folgende Adresse: Alfred Brunkhardt, Vorstandt zum Garten 38, 6360 Friedberg 1."

KEINE SCHONUNG FÜR JÜRGEN BÄCKER

WESTBERLIN (ID(6. März

Zum Fall des über fünf Jahre in Untersuchungshaft sitzenden Jürgen H. Bäcker (siehe ID 110 und 111) folgende Erklärung der Roten Hilfe Westberlin:

„Die Anwälte von Jürgen H. Bäcker hatten am 23. Januar 1976 einen Antrag auf Haftentlassung und hilfsweise einen Antrag auf Verlegung aus der U-Haftanstalt Moabit in die Strafanstalt Tegel gestellt. Begründet wurde der Antrag damit, daß der U-Gefangene Bäcker nunmehr seit über fünf Jahren in U-Haft und damit in Einzelhaft gehalten wird. Diese „Rekord"-U-Haftzeit und die zusätzlichen Haftverschärfungen haben bei ihm zu Gesundheitsschäden geführt, die eine Haftentlassung unbedingt notwendig machen.

Diese Forderungen wurden durch Stellungnahmen bekannter Persönlichkeiten in der Presse, durch direkte Aufforderungen an den zuständigen Richter Kubsch mittels Postkarten, durch Presseerklärungen der Anwälte und Flugblatt- und Plakataktionen sowie durch Parolen an vielen Stellen in Berlin unterstützt.

Dies war anscheinend nicht genug. Jetzt erst — nach sechs Wochen Hinhalten — wurde die Ablehnung beider Anträge bekannt, obwohl der Beschluß schon am 24.2. von Richter Kubsch und seinen Kumpanen Seidler und Rejewski gefaßt worden war.

Begründet wurde die Ablehnung damit, daß zum einen weiterhin Fluchtgefahr bestehe (nächstes Jahr hat Bäcker zwei Drittel seiner Strafe bereits abgesessen). Weil er sich Briefe mit Genossen z.B. auch mit Fritz Teufel schreibt, unterstellen ihm die Richter, er würde nach einer Entlassung „in den Untergrund zurückkehren".

Zum anderen sagen Kubsch und Co. zu der Begründung der Anwälte, Bäcker sei nach über fünf Jahren Einzelhaft nicht mehr haftfähig, folgendes:

„Der Angeklagte ist haftfähig. Die von der Verteidigung vorgetragenen Auffälligkeiten wie „akute Atem- und Herzbeschwerden, Schweißausbrüche, unkontrollierbares Zittern der Glieder, schließlich völlige Bewegungsunfähigkeit, Momente der Besinnungslosigkeit und Erinnerungslücken" bestehen ebenso wenig wie die behaupteten Anfälle. Das ergibt sich aus der von der Strafkammer eingeholten Stellungnahme des Anstaltsarztes, der auch bei der Untersuchung des Angeklagten am 30. Januar 1976 keine Verschlechterung des Gesundheitszustandes feststellen konnte. Der Angeklagte befindet sich in einem körperlich guten Allgemeinzustand; die organischen Befunde sind negativ. Seine Beschwerden sind allein psycho-somatischer Art. Die Haftfähigkeit ist hierdurch aber nicht berührt."

Der zuständige Anstaltsarzt Dr. Kühner, auf den die Richter sich berufen, hatte allerdings in einem Privatgespräch mit Bäcker zugegeben, die Beschwerden würden von den Haftbedingungen herrühren. Öffentlich und offiziell behauptet er das Gegenteil. ... Die Unverschämtheit und Ignoranz der Ablehnungsbegründung liegt auf der Hand.

Der Antrag auf Verlegung nach Tegel wurde mit einer Begründung abgelehnt, die gleichermaßen für sich spricht. Eine Verlegung in die Strafanstalt könnte für Dritte der Anlaß sein zu behaupten, das Gericht behandele U-Häftlinge schon vor ihrer rechtskräftigen Verurteilung wie Strafgefangene.

Daß die Praxis ganz anders aussieht, U-Häftlinge noch schärferen Repressionen unterliegen und die Verlegung nach Tegel Erleichterungen bringen sollte, interessiert die Formaljuristen freilich nicht. Dieser Beschluß kann für uns nur heißen, die Kampagne nicht nur für die Freilassung von Bäcker und Grusdat verstärkt fortzusetzen."

INTERNATIONALES

BRD-GESETZE, AUF DIE SICH FRANCO BERIEF

MAILAND (ID)
8. März

In Mailand wurde die folgende Resolution beschlossen, Teilnehmer der Konferenz waren Vertreter von PSI, PCI, der Vereinigung Demokratischer Richter, italienische Rechtsanwälte, des Internationalen Verteidigungskomitees für Politische Gefangene Westeuropas, von Amnesty International und aus der BRD Rechtsanwalt Groenewold. Der ebenfalls eingeladene Rechtsanwalt Schily war verhindert. Der ebenfalls eingeladene Rechtsanwalt Croissant konnte nicht kommen, weil er Verschonung aus seinem Haftbefehl nur gegen Abgabe seines Reisepasses erhalten hat.

„Auf der Konferenz des Circolo de Amicis über das Thema ‚criminalita e lotta politica' wurde auch die politische Situation in der Bundesrepublik Deutschland erörtert.

Es wurde festgestellt, daß durch die Berufsverbote gegen sogenannte Radikale und den damit im Zusammenhang stehenden Gesinnungsüberprüfungen tausender Menschen in der BRD ein Klima der Angst, des Schweigens und der Unterdrückunge entstanden ist.

Es wurde festgestellt, daß in der BRD politische Gefangene in Isolationshaft festgehalten werden, die darauf gerichtet ist, die politische Identität und die Gesundheit der Gefangenen zu zerstören.

Es wurde festgestellt, daß seit dem 1. Januar 1975 neue Prozeßgesetze in Kraft getreten sind, die es der Bundesregierung erlauben, politische Prozesse, insbesondere den Prozeß gegen die Gefangenen aus der RAF in Stuttgart, ohne Angeklagte und ohne die gewählten Verteidiger zu führen. Die Verteidiger in politischen Verfahren werden mit Disziplinarverfahren, Strafverfahren und Berufsverboten eingeschüchtert, die unter dem Vorwand der Bekämpfung des „Terrorismus" beschlossenen Gesetze beseitigen die Verteidigungsrechte der politischen Gefangenen und bedrohen die Prinzipien des Rechtsstaates und der Menschenrechtskonvention.

Der Charakter der in der BRD eingeführten Gesetze wird dadurch gekennzeichnet, daß sich der spanische Staatschef Franco auf sie berief, als er sein berüchtigtes Antiterror-Gesetz vom 29.6.75 in Kraft setzte.

Die Bundesregierung plant weitere Unterdrückungsgesetze:

1.
Die Gespräche und der Schriftwechsel zwischen Gefangenen und Verteidigern soll überwacht werden.

2.
Das Hausdurchsuchungsrecht der Polizei soll auf ganze Stadtviertel erweitert werden, d.h.: nicht nur auf Wohnungen von Verdächtigen. Wohnungen, "in denen erfahrungsgemäß Personen Straftaten verabreden, vorbereiten oder verüben" sollen jederzeit durch die Polizei betreten werden können.

3.
An das Bundeskriminalamt soll ein zentrales Datensammelsystem angeschlossen werden, in der nicht nur die Daten aus Strafverfahren gesammelt werden und abrufbar sein sollen, sondern aller Behörden, also über Kinder, Reise, Ausbildungsstellen, Arbeitsstellen etc..

Die Konferenz fordert das Russel-Tribunal auf, die Situation in der BRD zu untersuchen, evtl. eine besondere Kommission oder Konferenz darüber zu organisieren.

Mailand, den 22. Februar 1976"

FREISTAAT CHRISTIANIA IN KOPENHAGEN SOLL AM 1. APRIL GERÄUMT WERDEN

KOPENHAGEN (ID)
10. März

Mitten in Kopenhagen halten seit über vier Jahren etwa 700 Bewohner ein ehemaliges Militärgelände besetzt. Im September 1971, nach einigen fehlgeschlagenen Häuserbesetzungen, nutzten etwa 200 Aktive einen Kompetenzenstreit zwischen staatlichen und kommunalen Behörden aus und nahmen das leerstehende Gelände in Besitz, das sich seither ständig vergrößerte. Es ist inzwischen 16 Hektar groß und in neun Provinzen unterteilt. Der Verteidigungsminister, Orla Moller, der für das Gelände zuständig ist, hat angekündigt, daß am 1. April 76 geräumt werden soll.

Es ist klar, daß die Bewohner nicht freiwillig weichen werden. Gar nicht so klar hingegen ist, wo die Behörden die Leute unterbringen wollen. 90 % der dänischen Bevölkerung (5 Millionen) wissen über das drohendeEnde von Christiana Bescheid. Die Bauarbeitergewerkschaft hat zugesagt, daß zum Abbruch keine Hand angelegt wird. Frauengruppen aus ganz Skandinavien haben zugesagt, die Konfrontation mit der Polizei zu übernehmen, um den gewaltlosen Widerstand zu gewährleisten. Öffentlichkeitsarbeit wird mittels Schriften, eigenem Radiosender und dem Fernsehen (!) gemacht. Ein Jura-Professor der Universität Kopenhagen hat eine 100-seitige Klage gegen die Regierung ausgearbeitet. Was können wir von Deutschland aus tun?

Schreibt Leserbriefe an dänische Zeitungen (es ist wichtig, daß man merkt, daß auch in Deutschland Solidarität mit CA herrscht)



CHRISTIANIA – in der Oldtimer-Werkstatt

und schreibt an den Verein „Stot Christiania (dt. „unterstützt CA") um Information und fragt, ob ihr im März/April massenhaft anreisen sollt!

Christiania Infor-Tinghuset
1 407 Kopenhagen K
Dänemark

Stot Christiania
Droningensgade 14
1 420 Kopenhagen K
Dänemark



DIE SLUMSTORMER – Mitglieder der dänischen Bewegung und Bewohner von Christiania

FREISTAAT CHRISTIANIA

KOPENHAGEN (BLATT/ID) 10. März **Da, wo heute Christiania liegt, war vor 400 Jahren noch Meeresboden, der von Kopenhagens Bewohnern mit Schotter und Schlick aufgefüllt wurde. Darauf baute man um das mittelalterliche Kopenhagen einen Ring von Verteidigungsanlagen mit Wassergräben, Wällen und Munitionslager, die der Verteidigung sowohl gegen äußere Feinde, wie Schweden und Deutschland, dienten, als auch Symbol der Stärke gegen innere Feinde war. Der König ließ die Befestigung unter dem Motto bauen: "Die Liebe des Volkes – meine Stärke". Die Wälle wurden mit Bäumen und Sträuchern bepflanzt. Heute ist Christiania mit dem "Kastell" das letzte historische Zeugnis aus dieser Zeit.**

Als im Frühjahr 71 das Militär von dem Gelände wegzog, lag es ein halbes Jahr lang unbewohnt da, mit nur dürftiger privater Bewachung. Da die Bevölkerung draußen einen großen Bedarf an Spielmöglichkeiten für ihre Kinder hatte, rissen sie den Bretterzaun nieder und bauten einen Spielplatz. Das Verteidigungsministerium akzeptierte das.

Während der in ganz Europa stattfindenden Jugendrevolte hatte sich in Dänemark eine starke „Slumstormer"-Bewegung entwickelt, aus der ca. 200 Leute – nach einigen fehlgeschlagenen Häuserbesetzungen in Kopenhagen – einen Kompetenzenstreit zwischen kommunalen Behörden ausnutzten, und das Gelände in Besitz nahmen, und es zum Freistaat „Christiania" machten. Im Mai 1972 kam es zu einer Absprache mit den Behörden über die Bezahlung für Elektizität und Wasser und damit zu einer behördlichen Anerkennung.

Das besetzte Gelände ist ein ca. 2,5 km langestrecktes Wallgelände, auf beiden Seiten des Wassergrabens liegend, verbunden mit einer Brücke, es ist locker bebaut mit ehemaligen Lagerhallen und Werkstätten, die jetzt weitgehend als Wohnräume und neue Produktionsstätten, mit allerdings friedlicherer Produktion, dienen. Nur zwei der insgesamt ca. 180 Gebäude waren anfangs ohne viel Arbeit bewohnbar zu machen.

Allerdings hatten in der Zeit, in der das Gelände unbenutzt lag, Althändler einen großen Teil der Wasser- und Elektro-Installation abgebaut und zerstört. Die Lagerhallen boten den Besiedlern die Möglichkeit, von dem üblichen „Zwei-Zimmer-Küche-Bad"-Schema abzugehen und neue Wohnformen zu probieren. So entstanden große Gemeinschaftsräume mit unkonventioneller Aufteilung und ungeahnten Nutzungsmöglichkeiten. Vielleicht konnte man die ersten 50 Besetzer noch ohne größere Schweirigkeiten politisch einordnen, inzwischen ist das für die Menge der Christianitter, wie sie sich selbst nennen, ganz unmöglich. Es ist auffallend, wie viele verschiedenartige Weltanschauungen in Christiania einen Koexistenzmodus gefunden haben. Hier haben sie gelernt, sich gegenseitig zu akzeptieren und zu tolerieren. So findet man Anhänger verschiedenster Religionsrichtungen, – westlicher, östlicher –, Umweltschützer, Biodynamiker und Sympathisanten von verschiedenen kommunistischen Gruppen, Vertreter der „Befreiungsfront der Homosexuellen", die Theatergruppe „Solvogn", eine Gruppe entwichener Jugendlicher, eine Menge Individualisten.



AUTOFREIE STADT — man geht zu Fuß oder fährt Rad und nur die Polizei mißachtet diesen Beschluß der Slumstormer-Bewegung

Viele rauchen Haschisch, ein Teil trinkt, wieder andere sind gegen jede Art von Rauschgift. „Harte Stoffe" sind in Christiania unerwünscht und ihr Verkauf ist von der „Gemeinschaft" verboten.

Gemeinsam ist allen, daß sie gesellschaftliche Abweicher sind und daß sie diesen Freistaat, wo sie zum ersten Mal ohne direkte Sanktionen der nächsten Umgebung Abweicher sein können, bis zum Letzten verteidigen wollen.

Ein Drittel machen die bewußten Abweicher aus. Das sind Leute mit guter Berufsausbildung, die sich auch in der Gesellschaft behaupten können, dies aber bewußt ablehnen und konsequent nach neuen Lebensformen suchen.

Das zweite Drittel sind die, die zu Abweichern gemacht worden sind. Das sind solche, die aufgrund von in dieser Gesellschaft entstandenen Verhaltensstörungen von dieser nur in Gefängnissen oder Heilanstalten geduldet werden. Diese haben in Christiania wieder zu sich selbst gefunden und sind nun aktive Mitglieder der Gemeinschaft. Sie sind in dem speziellen Milieu als resozialisiert zu betrachten, können aber in der übrigen Gesellschaft sicher nicht unauffällig leben.

Die dritte Gruppe bilden die ganz „Ausgeflippten" — Menschen, die bisher unter so schwierigen Verhältnissen leben mußten, daß sie in die Abhängigkeit von Drogen, in die Kriminalität und Krankheit getrieben wurden. Sie sind so weit von ihrem Mitmenschen entfremdet, daß sie auch in Christiania, das sie als Zufluchtsstätte aufgesucht haben, destruktives und unsoziales Verhalten zeigen. Vielen von diesen ist es mit der Zeit gelungen, in diesem relativ geschützten Raum durch die Toleranz und Hilfsbereitschaft der übrigen Christiania-Bewohner wieder Boden unter die Füße zu bekommen. Allerdings gehen einige von ihnen auch elendig zugrunde. Daran ist aber nicht das Christiania-Milieu schuld. Sie sind von der Polizei, von der Umwelt, z.T. sogar von dem Sozialfürsorgesystem aus ihren Verstecken in Kopenhagen in die Subkultur getrieben worden. Hier sieht man sie bei Tageslicht, was die Öffentlichkeit kaum ertragen kann. Wegen dieser „Ausgeflippten"-Menschen wird Christiania von bestimmten Kreisen erbittert bekämpft.

Ein großer Teil der Christianitter verdient sich seinen Lebensunterhalt in der Stadt Kopenhagen, der Rest arbeitet im Freistaat oder erhält Ausbildungsbeihilfe, Invalidenrente oder ähnliches. Nur 30 bis 40 Bewohner bekommen im Jahresdurchschnitt Sozialhilfe. Es gibt eine Menge Arbeitsplätze in Christiania.

Man kann alles sein: Bauer, Handwerker, Geschäftsmann, Philosoph, Lehrer, Heilpraktiker, Gaukler, Musiker, Künstler,Administrator, Organisator, Arbeiter und was auch immer. Oft ist man vieles gleichzeitig. Ganz verschiedenartige Betriebsformen findet man nebeneinander. So leben eine Reihe Leute von Einmannbetrieben, wie Kiosken oder Kunsthandwerkstätten, sie verdienen nur für den eigenen Bedarf oder den ihrer Freunde. Weiter gibt es einige Lokale, die ganz privatwirtschaftlich ohne Kontrolle über ihren Umsatz geführt werden. Eine andere Kategorie sind kollektiv organisierte Geschäfte und Werkstätten, deren eventueller Überschuß an die Christianiagemeinschaftskasse geht, deren Ausrüstung zum Teil gemeinschaftlich angeschafft wird und auch von anderen benutzt werden kann, deren Mitarbeiter den Einheitslohn von 10 Dkr. (4,30 pro Stunde in DM) bekommen. Auf die privaten Geschäfte wird ein moralischer Druck ausgeübt, 5-10 % ihres Überschusses an die Gemeinschafskasse abzuführen oder wenigstens für bestimmte Projekte ab und zu eine große Summe zu spenden. Der moralische Druck erweist sich als unterschiedlich wirkungsvoll. andere Sanktionen gibt es auf diesem Gebiet allerdings nicht. Eine neue Gruppe kann Räume übernehmen und weiterarbeiten, wenn die alte Gruppe keine Lust mehr hat oder in Konkurs gegangen ist.

Probleme: Dabei kann eine Unsicherheit über Weiterführung einer Aktivität enstehen, wenn Wohnung und Aktivität im gleichen Gebäude liegen. Da im Christiania keiner zur Rechenschaft gezogen wird, und damit niemand von einer Teilnahme ausgeschlossen ist, müssen wir uns gegenseitig vertrauen oder unser Mißtrauen aussprechen.

WIR MÜSSEN DAS GANZE ALS EINE ENTWICKLUNG SEHEN

Einige beginnen vielleicht damit, ihre Situation zu verbessern, lebensmäßig und wohnungsmäßig. Aber schließlich stinkt Geld doch, und einige ziehen weg oder gehen mit ihren erworbenen Gütern in die Gemeinschaft ein. Aufgaben in „Gemeinschaftsgruppen" sind ehrenamtlich, in einigen bekommt man das Recht auf freies Essen in der „Gemeinschaftsküche" und kostenloses Bad im „Badehaus". Es gibt folgende Gruppen:

1. Die Ökonomiegruppe
2. Die Informationsgruppe
3. Die Verhandlungsgruppe
4. Die Aktionsgruppen (Aufräumung, Aufbau und Renovierung)
5. Die Gesundheitsgruppe.

Ab und zu entstehen Gruppen nach Bedarf. Die Sozialgruppe, die Sozialaktivisten, das Frauenheer (gewaltlose Verteidigung), die Feuerwehr, die Elektrikergruppe, die Toilettengruppe, Festgruppe, Christianias Wachtwehr, Christianias Aktionstheater, die Theatergruppe„Solvognen", die Puppentheatergruppe, die Zeichenfilmgruppe, die „Dome-Gruppe" u.a.. Es gibt viele Möglichkeiten aktiv teilzunehmen: Informationskontor, Postkontor, Krankheitsambulatorium, Kindergarten, Schule (Privatschule), Kirche, Yogazentrum, Theater und Festsaal, Kino, Duschbad und Sauna, Kolonialwarenladen, Reformläden, Kioske, Flohmarkt, Restaurants, Musik und Tanzlokale, Volkskaffees. Werkstätten: Schuhmacher, Schmiede, Töpferei, Kerzenzieherei, Bäcker, Möbelrestauration, Druckerei, Radiotechnik, Zeichenfilmatelier. Private Werkstätten oder nichtkommerzielle Produktion: Lederwaren, Schmuck, Seidendruck, Stoffdruck, Schneiderei, Weberei, Batik, Malerei, Bildhauerei, Kupferstisch, Steindruck, Windmühlenexperimente. Oldtimer-Autowerkstätte für Kopenhagen, Ford - A — Club.

Außerdem gibt es eine Produktion von gesunden vegetarischen Süßigkeiten und Lebensmitteln, z.B. vegetarische Frikadellen. Drei neue Gemeinschaftsaktivitäten sind dabei, zu wachsen.

DIE STRUKTUR DES FREISTAATES

Am Anfang war Christiania ein einheitliches Gebiet, koordiniert durch Beschlüsse, die auf Vollversammlungen zustande kamen. In dem Maße, wie der Freistaat wuchs, wurde dieses System nach und nach sinnentleert. In der Realität wurde es eine immer kleinere Gruppe, die die Beschlüsse ohne Kenntnis der Wünsche der Leute traf. Als der Freistaat durch einige Provinzen vergrößert wurde, beschloß man zu dezentralisieren, so daß jedes Wohngebiet Selbstbestimmungsrecht bekam. Heute gibt es Gebiete oder Provinzen.

Die Gebiete rufen selbst nach Bedarf Versammlungen zusammen und jedes Gebiet wählt einen Gebietskassierer, der damit auch Mitglied der „Gemeinschaftsökonomiegruppe" wird. Der Gebietskassierer zieht jeden Monat pro Erwachsenen 25 Dkr.(11 Mark) für Christianias Gemeinschaft ein und 50 Dkr. für Strom- und Wasserverbrauch für das Verteidigungsministerium, falls die Leute bezahlen können oder wollen.

Probleme, die den gesamten Freistaat betreffen, werden zuerst in die Gebiete getragen. Die Versammlungen einberufen. Die Vollversammlung berät dann über die einzelnen Ergebnisse und legt ein Aktionsprogramm fest. Christianias wichtigste und schnellste Kommunikationsform ist die Mund-zu-Mund-Propaganda. Aber auch Wandzeitungen spielen eine wichtige Rolle. Es gibt drei Zeitungen: den „Wortklauber", „Christianias Alternative", die „Zeitung des Volkes". Radio Christiania ist ein eigener Kabelsender, der aber z.Zt. außer Betrieb ist.

In Christiania leben ca. 60 Kinder. Von denen ist die Hälfte hier geboren. Die meisten Erwachsenen sind zwischen 15 und 30 Jahre alt, einige zwischen 30 und 50.

Es gibt hier ca. 200 Hunde und viele Katzen, ca. zehn Pferde, einen Esel, ein Kalb, einen Bären, Gänse, Schweine, Kaninchen, Hühner, Enten und ein Schwanenjunges. Dazu kommen Schwäne, Enten, Füchse und anderes Getier, Vögel, Fische, die zu Christianias Natur gehören.

Christiania ist eine autofreie Stadt, und nur unsere zwei Traktoren, unsere Last- und Lieferwagen dürfen auf dem Gebiet herumfahren. Im großen und ganzen ist die Polizei die einzige, die diesen Beschluß nicht respektiert.

Heutzutage gibt es Wiesen, wie die Friedenswiese und die Pulverhauswiese. Seeufer und Strand entlang des Wallgrabens, Wald in der „Waldprovinz" und Moor mit Schilf um die „äußeren Pulverhäuser" he[illegible]. Drei Plätze und Wiesen sind umgeben mit jahrhundertealten Kastanienbäumen, der Wall trägt hauptsächlich alte Bäume wie Eschen, Linden und Ahorn, außerdem Rot- und Weißdornbüsche. Dazwischen sieht man Apfel- und Birnbäume. Die Christianitter haben selbst etwa 1.000 Bäume gepflanzt, meist Pappeln, Flieder, Fichten und Kirschbäume. „Zukunftswald" ist ein Bepflanzungsprogramm, in dem Plätze und Fundamente nach Abbruch der Häuser mit mit Erde abgedeckt und mit Bäumen bepflanzt werden. Christiania wünscht sich sehr Landwirtschaftsgebiet für Garten- und Ackerbau, außer einer begrenzten Zahl von Küchengärten und Treibhäusern gibt es keine Möglichkeit, den Boden zu bearbeiten oder Gärten anzulegen.

In Zeiten höchster Gefahr für den Freistaat hat sich eine Christiania-Solidaritätsbewegung gebildet, die aus progressiven, wohlgeachteten und z.T. einflußreichen Persön[illegible]hkeiten und Bürgern besteht. Bei drohenden Polizeirazzien, finanziellen Forderungen von staatlicher Seite und ähnlichem ist diese Gruppe schon mehrfach für Christiania eingetreten. Sie ist al[illegible] eine Gruppe Außenstehender auch in der Lage, der Hetze reaktionärer Kreise in der Öffentlichkeit entgegenzuwirken.



VORBEREITUNG DES LOYALISTISCHEN PUTSCHES

OBERURSEL (WISK/ID)
4. März

Seit Anfang 1976 kommt es in Nord-Irland den Konspirateuren der britischen Generalität und der reaktionären Protestanten gezielt darauf an, einen provokativen Anlaß zu finden, der die IRA zur möglichst spektakulären Aufgabe ihres Waffenstillstandes zwingt: Putsch sowie Putschvorbereitungen sollen damit legitimiert werden. Gleichzeitig soll Druck auf die Labour-Regierung ausgeübt werden, ihre bisherige „Verhandlungsbereitschaft" aufzugeben. Diese Absicht kulminierte anfangs des Jahres in dem „Sender Gleiwitz" Anschlag in Süd Armagh, der zur brutalen Ermordung von 10 protestantischen Arbeitern führte, nicht zufällig in die Gegend von Süd Armagh verlegt, wo die provisorische IRA (Crossmaglen) weite Teile des Grenzgebietes zu 100 % kontrolliert. Für die Vorbereitung des Putsches ist es wichtig, die Basis Süd Armagh möglichst zu kontrollieren, wo nicht zu zerschlagen, da die Verteidigung von Belfast damit steht oder fällt, ob ein logistisches Hinterland zur Verfügung steht oder nicht. Folgerichtig wurden neben regulären Soldaten etwa 100 berüchtigte SAS-Spezialtruppen in das Gebiet verlegt: jene SAS-Truppen, die bereits in Aden, Cypern usf. gerade für „mysteriöse Morde" an Zivilisten bekannt wurden. Ausgerechnet diese „Antsubversionseinheit", den „Green Berets" vergleichbar, sollte eine Beendigung sektiererische Morde verhindern helfen. Gleichzeitig sollte die IRA provoziert werden, den damit noch sinnloser gewordenen Waffenstillstand aufzukündigen, der doch von der Erwartung lebte, daß ein baldiger Abzug britischer Soldaten in seinem Kontext bevorstehe. Es versteht sich allein von daher, daß das Attentat an den 10 Protestanten jeder Logik der IRA widersprach.

Das zweite wesentliche Ereignis zielt auf den Mord an Frank Stagg. Auch die Überführung irischer politischer Gefangener in irische Gefängnisse war Gegenstand der Waffenstillstandsverhandlungen. Überdies praktiziert die britische Regierung seit Monaten beiläufig und ohne jede Diskussion die analoge Überführung loyalistischer Inhaftierter aus englischen Zuchthäusern. Wären die Briten ernsthaft am „Friedensklima" interessiert gewesen, wäre es billig gewesen, der Forderung Frank Staggs ohne jedes Aufheben nachzukommen. Statt dessen mußte Stagg auf grausame Weise die Tortur des Hungertodes erleiden, wozu ihn die IRA-Führung – nach einer ausdrücklichen Erklärung – nicht aufgefordert hatte. Schließlich kam Stagg dann doch nach Irland, aber als Leiche, darauf lag die Betonung einer wohlkalkulierten Provokation.

Es versteht sich, daß einen Tag nach Staggs Tod zur Hauptverkehrszeit in der Londoner U-Bahn eine Bombe gefunden wurde, die dann „rechtzeitig" entschärft wurde, ohne daß der propagandistische Effekt eine Entschärfung fand. Britische wie deutsche Zeitungen waren, dank der CIA-durchsetzten Reuter-Agentur – in der Lage, scheinbar offizielle „Racheerklärungen" der IRA zu zitieren, die lediglich den einen Makel hatten, daß es sie in Wahrheit nicht gab.

Neben solchen flankierenden und vorbereitenden Maßnahmen des geplanten Putsches bereitet sich die nordirische Reaktion selber explizit auf den Tag der Abrechnung vor. Das folgende Interview mit Sammy Smith (Ulster Defense Association) aus der Belfaster Studentenzeitung „Gown" belegt dies ohne Zweifel:

F.: Würden die schottischen Loyalisten herüberkommen, um ihren Kampf zu unterstützen?

SS.: Sehen Sie, Westminster würde die Navy hochschicken, um jede Überfahrt zu verhindern. Das ist das Spiel. Wir müssen unsere Helfer vorher rüberbekommen.

F.: Erwarten Sie Überläufer von der britischen Armee?

SS.: Ja. Jedes Battall on hat Leute durch die IRA verloren. Es ist da keine Liebe übrig.

F.: Wissen Sie, wie die britische Armee sich verhalten wird, kennen Sie deren Pläne?

SS.: Ich glaube, wir wissen ganz gut Bescheid.

F.: Und was wird die Südirische Armee im Falle Ihres Angriffes tun?

SS.: Auch da wissen wir ganz gut Bescheid. Jedenfalls kennen wir ihre allgemeine Strategie. Sie werden im Süden viel zu tun haben, um die innere Sicherheit zu garantieren, wenn die IRA sich dort zurückziehen wird.

F.: Rechtfertigen Sie die Bombenanschläge in Dundalk und Dublin?

SS.: Wir haben Krieg hier, und wir werden uns selber verteidigen. Der Frei-Staat (Süd Irland) ist ein Teil des Feindgebietes.

F.: Wie lange würde der Bürgerkrieg dauern?

SS.: Wir würden es begrüßen, es in einer Woche zu schaffen.

F.: Was ist mit den unbewaffneten Katholiken?

SS.: Wie wollen Sie wissen, daß sie keine Waffen haben? Wir werden davon ausgehen, daß alle bewaffnet sind, und von daher werden wir entsprechend gegen alle vorgehen. Die Provos (IRA) haben die Unterstützung der Bevölkerung, sonst könnten Sie gar nicht existieren. Im Bürgerkrieg kann keiner beiseite stehen. Die nicht daran teilnehmen, werden deshalb auch als Feinde betrachtet.

F.: Wird sich jemand ergeben können?

SS.: Wir können keine Gefangenen machen. Die bedeuten nur Verpflichtung.

F.: Wird der neue Staat, den Sie durchsetzen wollen, kleiner sein in der territoralen Ausdehnung?

SS.: Nein, größer. Wir werden zusätzliches Territorium (der südirischen Republik; d. Red.) erkämpfen müssen, damit uns die Republik für die nächsten Generationen nicht mehr schlagen kann.

F.: Unter welchen Bedingungen werden Mitglieder römisch-katholischen Glaubens bleiben können?

SS.: Da wird es keinen Raum geben für diese Leute!

F.: Ist die SDLP (Sozialdemokratie) als Feind eingeschlossen?

SS.: Die SDLP gehört zum Feind. Ihre Stärke und Konsistenz gehört unmittelbar zur Stärke der offiziellen und provisorischen IRA. Wir haben Krieg in Nordirland — und in einer Kriegssituation gibt es keine unschuldigen Menschen.

F.: Wann kann mit dem Bürgerkrieg gerechnet werden?

SS.: Seien wir nicht naiv. Man gibt kein Datum an, wenn man etwas tun will, was sorgfältig vorzubereiten ist. Die Leute sagen jetzt, Verteidigung alleine reicht uns nicht mehr, sie wollen, daß das aufhört. Wir werden entscheiden, wann — aber Sie können es jeder Zeit erwarten.

Kommentar: Die Richtung ist also klar. Die Kollaboration der britischen Armee zugestanden. Die der südirischen Armee gleichermaßen: ob offen oder stillschweigend. Smyth visiert einen „Blitzkrieg von „einer Woche" an. Ein blutiges Massaker á la Beirut, das binnen kurzem mit möglichst allen Katholiken aufräumen soll, gleich ob Officials, Provos, Sozialdemokraten, Quäkern oder Pazifisten. Er kalkuliert deshalb mit 4 Tagen, um die Überraschung zu nutzen, um den Briten vollendete Tatsachen zu präsentieren, die mit diesen längst insgeheim vereinbart sind: ein länger dauernder Bürgerkrieg könnte die Briten unbequemerweise nur dazu zwingen, wenigstens der Form halber zu intervenieren: am Ende der imperialistischen „Friedenspläne" und „parlamentarischen Illusionen" steht die offene Gewalt.

Laut Rundfunkmeldungen vom Donnerstag - kurz vor Redaktionsschluß des ID — wurde Sammy Smith erschossen.

GESUCHT : SCHMIERGELDAGENT HORST BRINK

BOGOTA (ALTERNATIVA/ID)
9. März

Die Zahlung von Schmiergeldern ist — das haben die Lockheed & Co. vorgeführt — für Millionenprofite im Waffengeschäft eine notwendige Bedingung. Die Bestechungssummen sind denn auch nur kleine Fische im Vergleich zu den Profiten.

Die westdeutsche Waffenfirma Heckler & Koch macht da keine Ausnahme. Zur Aufdeckung ihrer Bestechungs- und Schmiergeldzahlungen an kolumbianische Mittelsmänner (siehe ID 113 und 115) wurde inzwischen eine Untersuchungskommission eingesetzt. In ihrer neuesten Nummer fragt nun Alternativa:

„Wo ist Mr. Brink?"

Gemeint und gesucht ist Horst Brink, der Agent von Heckler & Koch in Kolumbien, der die Gelder angeboten und gezahlt haben soll, um den Verkauf von G-3-Gewehren und M-P-5-Maschinenpistolen abzusichern.

Agent Brink habe sowohl an den Überprüfungen der Angebote aller anderen Firmen teilgenommen, wie auch die Waffen der Konkurrenz in Augenschein genommen. „Wer hat" — fragt Alternativa — „den mysteriösen Mr. Brink zu solchen Privilegien geladen?"

Die Laufbahn von Horst Brink sei obskur: er sei SS-Hauptmann gewesen. Die Firma Heckler & Koch werde von rechtsradikalen Nationalisten kontrolliert. Ihre internationalen Agenten entsprächen der Ideologie dieser Unternehmer.

Bisher seien alle Aufrufe des zuständigen Untersuchungsanwalts Francisco de Paula Chaves, Mr. Brink solle sich stellen, ungehört verhallt.

Horst Brinks Adresse in Bogotá: Kra 11-A Nr. 93-52. Aber weder dies noch die Untersuchungen hätten bisher Ergebnisse gebracht. „Vielleicht" — schließt Alternativa — „kennt der Verteidigungsminister den Aufenthalt des mysteriösen Mr. Brink"?

(aus: Alternativa 72, 1.3.76)

ZUR LAGE IN PORTUGAL UND IN SPANIEN

GEGEN DAS NEUE PRESSEGESETZ

LISSABON (DL/ID)
10. März

Die Rückeroberung der Medien im Zuge der rechten Offensive nach dem 25. November soll staatlich sanktioniert werden. Informationsminister Almeida Santos hat in diesem Sinn ein Gesetzesprojekt veröffentlicht. Doch Berichte der Lissaboner Tageszeitung „Diario de Lisboa" (24./25.2.) zeigen auch, daß sich die unmittelbar davon Betroffenen, Journalisten und Drucker, dagegen zur Wehr setzen.

Das Projekt bezieht sich zunächst auf die verstaatlichten Medien. Es ist konzentriert auf die Installierung von „Informationsräten" (conselhos de informacão), die die Arbeiterkommissionen, eine Errungenschaft des Kampfes von Journalisten und Druckern, ablösen sollen.

Journalisten von der Zeitung „Diario de Noticias", von „Telejournal" (entspricht etwa der „Tagesschau"), der Presserat und eine Journalistengewerkschaft haben zunächst einzeln und dann in einer Vollversammlung ihre Kritik detailliert vorgetragen, darüber Einstimmigkeit erzielt und beschlossen, den Kampf aufzunehmen. Mehrere Arbeiterkommissionen haben sich dafür in einer Koordinationskommission zusammengeschlossen.

Sie kämpfen gegen das Almeida Santos-Projekt, weil es
- die Arbeiterkontrolle aufhebt,
- den politischen Proporz nach dem Anteil der Parteien in der verfassungsgebenden Versammlung eingeführt.
- Journalisten und Drucker spaltet,
- die Arbeitszeit erhöht,
- politische Säuberungen vorsieht,
- Namenszeichnung unter jedem Meinungsartikel fordert und dadurch Selbstzensur aus Angst vor Arbeitslosigkeit verbreitet,
- die Medien militarisiert,
- das Gewicht auf die Initiative privater Unternehmer legt.

Gegen diese „vollständige Versklavung" wollen sich Journalisten und Drucker wehren.

„DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT WAR POSITIV"

INTERVIEW MIT EINEM GENOSSEN DER „REPUBLICA"

FRANKFURT (PN/ID)
10. März

Die Zeitung Republica, im Mai 1975 von ihren Druckern und linken Journalisten erobert und durch die Offensive der Rechten nach dem 25. November verloren, war und galt vielen als eines der Paradestücke der revolutionären Bewegung in Portugal. Mit einem Genossen der Republica haben die Portugal-Nachrichten am 7. Februar in Lissabon über die Lage der Zeitung und der Presse im allgemeinen gesprochen:

„PN: Warum wurde die Republica geschlossen?

JM: Die Republica wurde wegen parteiischen Differenzen geschlossen, die im Inneren ausgetragen wurden. Die Arbeiter waren mit diesem Parteigezänk nicht einverstanden. Innerhalb der Arbeiterkommissionen und des Betriebes richtete sich die politische Auseinandersetzung gegen die KP. Der Feind allerdings stand rechts.
Die Schließung der Republica war ein Hochverrat an allen, die die Republica unterstützt haben. Es ist bewiesen, daß es ein Putsch von rechts war, der sich innerhalb der Republica abgespielt hat. Der größte Teil der Arbeiter ist dafür allerdings nicht verantwortlich zu machen, denn als sie es feststellten, standen sie schon vor vollendeten Tatsachen. Daß die Arbeiter von Republica aber in der Lage waren, intellektuelle Arbeiten zu kontrollieren, ist eine positive Erfahrung, nicht nur für die portugiesischen Arbeiter, sondern

uch für die Arbeiter anderer Länder. Für die zukünftigen Kämpfe, ie sich wie bei der República vorrangig innerhalb der Arbeiterchaft zwischen proletarischen und kleinbürgerlichen Fraktionen bspielen werden, stellt der Fall República ein Exempel dar. Denn ie Kleinborugeoisie, getarnt als Alliierte der Arbeiterklasse, hat len Kampf verraten!

'N: Die República hat es nie erreicht, ein Organ des Volkswillens u werden. Warum?

JM: Es gab tatsächlich keine richtige Verbindung zu den Organen des /olkswillens, weil die Arbeit in der República teilweise sehr opporunistisch gemacht wurde. Eine Verbindung zu den Volksorganen väre die einzige Überlebenschance für die República gewesen. Diese Chance wurde aufgrund des Parteienzwists nicht wahrgenommen. 'ür die Zukunft muß aus diesem Kampf eine Lehre gezogen werden, J.h. bei weiteren Projekten muß der Versuch gemacht werden, eine lirekte Beziehung zu den Organen des Volkswillens zu erreichen.

'N: Gibt es Projekte für die Nahe Zukunft?

JM: Keine Projekte, sondern erstmal Ideen. Man muß jetzt sehr vorsichtig arbeiten. Einige Leute denken an eine neue Zeitung, das bedarf jedoch einiger Zeit.

'N:Was ist mit den Arbeitern bei República passiert?

JM:Sie sind alle entlassen.

'N: Was passiert jetzt mit der Zeitung?

JM: Nach „O Jornal" (M. Antunes nahe Zeitung) soll República jetzt eine Wochenzeitung unter dem Direktor A. Guerra (PS, Neunergruppe nahe) werden.

PN: Wie stark ist der Einfluß der Arbeiterkommissionen jetzt,und welche gesetzlichen Veränderungen gab es im Pressewesen nach dem 25.11.?

JM: Die Presse wird jetzt von PS und PPD kontrolliert. Die Arbeiterkommissionen stehen jetzt vor dem Problem der Arbeitslosigkeit. Die Drohung der Regierung, Zeitungen zu schließen, hat sich auf die Arbeiterkommissionen entmutigend ausgewirkt. Gesetzliche Veränderungen bezüglich des Pressewesens gab es nicht. Das Pressegesetz , das schon unter Spinola verabschiedet wurde, kommt jetzt zur Anwendung. Durch dieses Pressegesetz wird dem Chefredakteur das Alleinbestimmungsrecht gewährt. Die Arbeiterkommissionen haben kein Mitspracherecht mehr.

PN: Trifft dies auch für „Diario de Lisboa" zu? (Eine der wenigen Zeitungen, die noch von Linken gelesen werden kann.)

JM: Jа, es trifft ausnahmslos auf alle Zeitungen zu. Wir dürfen uns keinen Illusionen bezüglich der Zeitungen hingeben, die offenbar ein demokratisches Mäntelchen haben.

PN: Funktioniert die Zeitung „O Diario" (KP-nah) noch?

JM: Bei "O Diario" besteht keine Arbeiterkommission. Das Zentral-Komitee der KP hat Einfluß auf die Zeitung.

PN: Die Regierung redet davon, einige Zeitungen zu schließen und neue zu gründen. Welche Zeitungen sind gemeint?

JM: Konkret weiß man nicht, welche Zeitungen davon betroffen sind. U.a. redet man von „Diário de Lisboa", „O Capital" und „Jornal do Comercio". Die Regierung nutzt die Situation. Sie spielt die Zeitungen gegeneinander aus, um die Arbeiter mit dem Gespenst der Arbeitslosigkeit unter Druck zu setzen. So will die Regierung verhindern, daß die Arbeiter weiterhin Forderungen stellen.

PN: Warum kam es bei der Schließung von der República zu keiner Reaktion bei den Arbeitern?

JM: Es ist natürlich, daß es zu keiner Reaktion der Arbeiter gekommen ist, weil erstens der 25.11. noch nicht lange vorbei war und dieser sich auf die Arbeiterklasse wie ein Eimer kaltes Wasser ausgewirkt hat. Zweitens war eine den Gegebenheiten entsprechende Antwort nicht möglich, weil die Arbeiterklasse noch keine Waffen hat. Diese sind noch in der Hand der Bourgeoisie. Aber der 25.11. hatte nicht die Wirkung, wie sie sich die Bourgeoisie erhofft hatte: nämlich die Beendigung der Basisbewegung. Arbeiterkommissionen, Mieterkommissionen, etc. existieren noch und kämpfen auch weiterhin für ihre Forderungen.

PN: Wie sieht heute die Situation im Pressewesen aus?

JM: Das ist ein sehr komplexes Problem, weil der Faschismus uns eine schwere Erbschaft hinterlassen hat, das die Arbeiter bisher auch nicht zu lösen wußten. Gleich nach dem 25.4. (74) stellten sie Lohnforderungen, wobei sie völlig vergessen haben, daß sie zu den privilegiertesten der Arbeiter gehören. Richtiger wäre es gewesen, anstatt der Lohnforderungen politische Forderungen zu stellen. Es ist allen ihren Lohnforderungen nachgegeben worden, da sich der Kapitalismus damals in einer regressiven Phase befand, und erst als sie dies feststellten, fingen sie an, politische Forderungen zu stellen. Außerdem hat die KP die Kämpfe fehlgeleitet. Als die Arbeiter zu einer Kontrolle des Informationswesens übergingen, taten sie es nicht in der korrektesten Art. Sie haben nicht versucht, organisiert das Informationswesen zu kontrollieren, sondern die alten Redakteure rausgeschmissen und dafür KP-nahe Redakteure eingestellt, was auch das Ziel der KP war. Dies hat sich auf den ganzen Prozeß ausgewirkt. Es kam zu Spaltungen innerhalb der Arbeiterklasse. Die Arbeiter wehrten sich gegen die Kontrolle der KP auf diesem Sektor. Vor allem hat sich auch am 25.11. gezeigt, daß dies nur eine zeitlich begrenzte Errungenschaft der Arbeiter war. Im Pressebereich hat die KP ihren Einfluß nach dem 25.11. ganz verloren und wenn die Presse vor dem 25.11. nicht gut war, so ist sie jetzt reaktionär.

PN: Was ist mit dem gespendeten Geld passiert, wo ist es hingekommen, für was wird es heute verwendet?

JM: Die Abenteurer, die die Zeitung in letzter Zeit übernommen hatten, haben das Geld verbraucht und haben die Zeitung den früheren Eigentümern hinterhältig übergeben. Dabei respektierten sie nicht die tausende von Arbeitern – nicht nur die portugiesischen, sondern auch nicht die anderen europäischen. Die portugiesischen Arbeiterinnen und Arbeiter wurden hintergangen – die internationale Solidarität hat sich positiv auf das Bestehen der Republica ausgewirkt.
Was ich den deutschen Arbeiterinnen und Arbeitern noch sagen will: eine Serie von Bedingungen hat auch progressive Arbeiter kapitulieren lassen vor dem von einigen begangenen Verrat. Das Ziel, eine Zeitung im Dienste der Arbeiterklasse herauszugeben, existiert noch. Und noch was: die Ausgaben der República in französisch, englisch und deutsch waren nicht beispielhaft, wir hätten sie regelmäßig herausgeben müssen.

(aus: Portugal-Nachrichten 23)

„A GAZETA" : NACHFOLGERIN DER „REPUBLICA"

FRANKFURT (PN/ID)
10. März

Am 7. März ist die „República" nun auch offiziell und formal ihren früheren Besitzern zurückgegeben worden. Eine Gruppe von Journalisten, die in der Zeit, als die „República" unter Arbeiterkontrolle stand, Erfahrungen gesammelt haben, wie eine revolutionäre Zeitung zu machen sei, hat jetzt ihr Projekt bekannt gemacht. Die neue Wochenzeitung heißt „A Gazeta". Darüber berichten die Portugal Nachrichten in ihrer Nummer 24).

„In Portugal kommt eine neue Wochenzeitung heraus. Und wir müssen ihr helfen. Von seinen Initiatoren wird das Projekt folgendermaßen vorgestellt: „Nach der Niederlage am 25. November machen wir eine kritische Periode des Rückgangs der Massenbewegung und des Aufschwungs der Rechten durch. Es handelt sich um den Versuch der Restauration eines autoritären Regimes. Der revolutionäre Kampf ist jedoch noch nicht zu Ende. Die Arbeiter haben ihre Basisorganisationen nicht verloren und ihre Erwartungen nicht ausgegeben."

„Im Augenblick ist eine der wichtigsten Aufgaben die Frage der Information. Die Presse, Radio und Fernsehen unterstehen wieder der Kontrolle von Staat, Kapital und Parteien. Eine Gruppe ehemaliger Redakteure der Tageszeitung República, von denen jeder Erfahrungen bei dem Versuch einer Tageszeitung für das Volk gemacht hat, sammelt eine Anzahl von Journalisten und Intellektuellen der extremen partei-unabhängigen Linken zusammen, um eine politische Wochenzeitung herauszugeben. Unser erstes Ziel ist es, die Mauer des Schweigens zu durchbrechen. Das zweite, einen Beitrag zu leisten zur Vertiefung der politischen Analyse und der Arbeiter- und Bauernbasis das Wort zu geben. Ausgehend von der Erfahrung von eineinhalb Jahren des Kampfes und der Analyse der neuen poli-

tischen Gegebenheiten zielen wir auf eine Neuentwicklung der revolutionären Strategie.

Das Zeitungsprojekt ist heute bei der derzeitigen Situation in Portugal unbedingt notwendig. Seit zwei Jahren war ein solches Unternehmen nötig. Es fehlte ein Organ, das von den politischen Sekten, von den Kräfteverhältnissen zwischen den verschiedenen Parteien und linken Gruppen wirklich unabhängig ist. Ein Organ also der Volksbewegung selber, ein Organ, das sie vorwärtsbringt, das sie bekannt macht und aus ihr alle Konsequenzen zieht. Sehr oft kannten die Hauptakteure des Prozesses das, was an der Basis geschah überhaupt nicht,oder sie kannten es nur abstrakt. Man mußte also auf das Scheitern von República warten, damit ein solches Projekt wirklich Gestalt annehmen konnte. In der Initiativgruppe sind verschiedene Journalisten von República. Joao Martins Pereira, Staatssekretär im Industrieministerium der IV. Regierung Gonçalves – er reichte damals seinen Abschied ein –, Adelino Gomes, Reporter von Radio Clube Portugues. Er war der Fernsehreporter, der die Ereignisse des 11. März 1975 filmte. In „Viva Portugal" sind die wichtig sten Teile dieses Films zu sehen.

Natürlich braucht dieses Projekt Geld. Anfang März soll die erste Nummer der „Gazeta" erscheinen. Etwa 80.000 Mark sind nötig. Die Hälfte haben sie schon. Die Initiativgruppe schlägt Unterstützungsabonnements für ein Jahr vor. Ungefährer Preis: etwa 190 Mark. Interessenten wenden sich bitte an: Jorge Ricardo, Largo Conde Ottolini, 17 Rch E-Lisboa 4, Portugal. Natürlich werden auch Spenden in jeder Höhe angenommen!

(nach: Liberation 26.2.76)

Auf einer Arbeitervollversammlung am 25.2. zur Untersuchung der Lage wurde beschlosssen, „für die Übergabe der Schlüssel der „República" an die Verwaltung zur Bedingung zu machen, daß eine Inventur der Firma gemacht wird und daß das Arbeitsministerium das monatliche Einkommen der Arbeiter bis zur Lösung des „Falles" garantiert, entsprechend den gültigen Gesetzen, die keine Entlassungen oder Säuberungen zulassen."

Ein anderer angenommener Vorschlag verlangt die Bezahlung des Einkommens sowie sozialer Vergünstigungen, entsprechend den gültigen Gesetzen,und daß sich das Arbeitsministerium im Ministerrat stark macht dafür, daß die Schlüsselübergabe nur nach der Erfüllung der Vorschläge erfolgt.

(aus: Diário de Noticias vom 26.2.76)

DIE FRONTEN IM MILITÄR BEGINNEN SICH ZU KLÄREN

PARIS (LE MONDE) 10. März

Otelo ist frei. In der Nacht vom 3. zum 4. März wurde er aus dem Militärgefängnis Santarém entlassen. Jetzt steht er unter Hausarrest in seiner Wohnung am Rand von Lissabon.

Ebenfalls am 3. März wurden 16 ehemalige Geheimpolizisten von der berüchtigten PIDE-DGS freigelassen.

Das ist portugiesischer Pluralismus knapp zwei Monate vor den Wahlen, die am zweiten Jahrestag vom Sturz des Faschismus (25. April) stattfinden sollen.

Von den ursprünglich 1.005 verhafteten PIDE-Polizisten sind nur noch etwa 300 in Haft. Weitere sollen noch freikommen. (Von den nach dem 25. November etwa 150 gefangenen linken Militärs sind noch 16 in verschiedenen Nationalgefängnissen.)

Um ihre eigene repressive Politik sowohl zu verdecken wie zu rechtfertigen, streuen Militärs wie der rechte Luftwaffenchef Morais e Silva Gerüchte von einem drohenden Linksputsch in den portugiesischen Frühling. Von den BRD-Medien werden sie gierig aufgegriffen. In diesem Kontext melden sie: Die Soldatenorganisation SUV hat eine Nachfolgeorganisation gegründet: die ORFA (Revolutionäre Organisation der Streitkräfte).
Und: „tausende kubanischer Guerilleros" sickerten ins Land ein.

Deutlicher denn je wird unterdessen die Zersplitterung des Militärs. Fronten brechen auf. Ein Klärungsprozeß setzt ein. Auf der militärischen Linken, die sich in den Medien eine Öffentlichkeit verschaffen kann, sind es Außenminister Melo Antunes, Vitor Crespo und Vasco Lourenço. Alle drei Generäle warnen vor einer Rückkehr zum „Faschismus in anderen Formen".

Die militärische Rechte wird angeführt von Morais e Silva, dem Chef der Militärregion Nord, Pires Veloso, und dem Chef der Armee, Ramalho Eanes.

Noch keine Seite konnte sich auf einen Präsidentschaftskandidaten für den 25. April einigen.

(nach: Le Monde vom 6.3.76)

AUSLÄNDER ALS SÜNDENBÖCKE (GEMEINT SIND WIR)

PARIS (LEMONDE/ID) 9. März

Für fünf Jahre können Ausländer aus Portugal verwiesen werden – so bestimmt es ein neues Gesetz, das am 6. März veröffentlicht wurde. Vorbereitet durch eine wilde Kampagne der rechten Medien und vor dem Hintergrund wachsender Unzufriedenheit über steigende Preise, Arbeitslosigkeit und Inflation hat die VI. Regierung den Schuldigen in etwa 30.000 Genossen aus vielen Ländern gesucht und gefunden. Zum größten Feind werden – mit völlig aus der Luft gegriffenen Zahlen –„tausende von Kubanern" abgestempelt. Nach dem erfolgreichen kubanischem Einsatz in Angola klingt diese Verteufelung so recht nach Kissingers Giftküche.

„Nationale Sicherheit" und „öffentliche Ordnung" sind die heiligen Güter auch der portugiesischen Bourgeoisie, vor denen sie Störenfriede fernhalten will. Und dagegen – das mag sie auch von den Herrschenden in der BRD gelernt haben – hilft die Propaganda von der Bedrohung Portugals durch ausländische Extremisten.

Den Fremdenhaß schürte exemplarisch die rechte Zeitung „A Luta" (Chef ist der frühere República-Chef Raul Rego), die nach der Anerkennung der Volksrepublik Angola durch Portugal in einer Karikatur (am 4. März) die unmittelbare Bedrohung portugiesischer Landbesitzer durch Fidel Castro assoziieren ließ.

Schon im Dezember 1975 hatte SPD-Freund Soares die Anwesenheit derer in Portugal diffamiert, die „nicht fähig sind, die Revolution bei sich zu Hause zu machen." Im Februar dieses Jahres hatten die Außenminister von Portugal und Spanien, einträchtig wie in alten Zeiten, die gegenseitige Auslieferung von „Extremisten" vereinbart.

Für die vielen politischen Flüchtlinge, die Portugal als Asylland gewählt haben, sieht das Gesetz nichts vor; bis jetzt liegen den zuständigen Behörden 169 Anträge von Flüchtlingen vor, die in ihrer Mehrheit aus Lateinamerika kommen.

(nach: Le Monde vom 9.3.76)

GENERALSTREIK IM BASKENLAND: VERHANDELT WIRD AUF DER STRASSE

FRANKFURT (ID) 11.März

Die Lage erinnerte an die ersten Tage des spanischen Bürgerkriegs vor genau 40 Jahren: Generalstreik, im Baskenland. Mit einer halben Million Streikenden ist der Streik total. Die großen Städte Bilbao, San Sebastian und Pamplona sind lahmgelegt. In Vitoria streiken 95 Prozent aller Lohn- und Gehaltsabhängigen.

Das war am Montag, den 8.März, und es war die Antwort des baskischen Volkes auf das Polizeimassaker fünf Tage vorher. Am 3.März hatten die Repressionskräfte das Feuer auf eine Massendemonstration in Vitoria (120000 Einwohner) eröffnet: vier Tote, Arbeiter und Studenten, und zehn noch immer lebensgefährlich Verletzte.

Die Ereignisse in Vitoria und die Verantwortung des spanischen Polizeiministers Fraga Iribarne, der in diesen Tagen seine Kollegen in der BRD konsultiert, schildert (am 6.März) der Korrespondent des Hessischen Rundfunks, Helmut Klein:

„Während der spanische Innenminister und stellvertretende Regierungschef Fraga Iribarne in der Bundesrepublik mit seinem Kollegen Maihofer über internationale Terrorismusbekämpfung

prach, richtete die dem Minister unterstellte Polizei in der bas-
ischen Stadt Vitoria ein Blutbad an. Ereignisse, wie das in Vito-
a kommen nicht unerwartet; man hat kaum damit rechnen kön-
en, daß Spanien ohne Zwischenfälle eine vier Jahrzehnte lange
arte Diktatur hinter sich lassen könne. Allerdings: bisher sind
ie Todesopfer alle Folge eines unerwarteten und nach Berich-
en von Augenzeugen und Sachverständigen völlig unnötigen
chußwaffengebrauchs der Polizei. Mehrere Polizeioffiziere haben
egenüber Journalisten erklärt, daß in Vitoria wie auch vorher
Elda die Polizei die volle Schuld für das Blutvergießen habe.
hnlich haben sich der Stadtrat von Vitoria und die Provinzver-
valtung geäußert. Der Bischof von Vitoria, der zum rechten Flü-
el der spanischen Kirche gehört, genehmigte eine Predigt, in
ler von „tötenden Polizisten" und „kaltblütigem Mord an Arbei-
ern" die Rede war.

Für Minister Fraga hingegen liegen die Dinge ganz einfach:
lle Schuld hätten die Kommunisten und einige wenige subver-
ive Elemente. Eigentlich müßte Fraga wissen, daß die Kommunis-
en in Vitoria – wie die meisten anderen Parteien übrigens auch –
ur einen sehr geringen Einfluß haben, und wenn einige wenige
ubversive Elemente tatsächlich über die Hälfte der Bevölkerung
iner Stadt – 70 000 Einwohner – auf die Straße bringen können,
lann müßte das dem Minister, der sich gern als starker Mann Spa-
iens bezeichnen läßt, zumindest zu denken geben. Fraga ist zur
eit die politische Figur in Spanien mit ausschlaggebender Be-
leutung für die Zukunft des Landes...

In den letzten Wochen hat Fraga allerdings immer mehr
lem Druck der offen faschistischen Gruppen im Regime nachge-
eben. Um nicht ihr Vertrauen zu verlieren, ging er mit demon-
trativer Härte gegen politisch Andersdenkende vor. Er ließ den
Kommunisten Sanchez Montero verhaften, nachdem dieser auf
iner genehmigten Veranstaltung eine recht gemäßigte Rede ge-
alten hatte. Die Polizei bekam wieder Freiheit, die Schußwaffen
u gebrauchen, und in gut zehn Tagen wurden fünf Demonstran-
ten getötet und über 40 durch Kugeln aus Polizeigewehren ver-
etzt. Einen der Toten bezeichnete der Innenminister in einem
Gespräch mit deutschen Journalisten in schnoddriger Form und
ntgegen der Wahrheit als „einen polizeinotorischen Bösewicht
und Kriminellen".

Das ist – leider wieder – der alte Fraga, der einst als In-
formationsminister die schlimmsten Exzesse des Franco-Regimes
n derbster Form rechtfertigte. Ein Mann, der in vielem der Goeb-
bels der spanischen Diktatur zu sein schien".
Ob Franco oder Fraga – für das spanische Volk gibt es zwischen
lten und neuen Herrschern keinen Unterschied.

Vitoria – das auf portugiesisch „Sieg" heißt – werden
eit Wochen die wichtigsten Betriebe bestreikt. Am Aschermitt-
woch (3.3.) versammeln sich 15 000 Streikende zu einem Kampf-
ag. Vormittags demonstrieren sie zur Unterstützung der streiken-
den Lastwagenfahrer, nachmittags gegen die Erhöhung der Le-
benshaltungskosten. Frauen gehen an der Spitze des Zuges.

Als sich am Abend 4 bis 5 tausend Menschen in einer Kirche
versammeln, wirft die Polizei zunächst Tränengas- und Rauchbom-
ben hinein und schießt dann mit Maschinenpistolen auf die aus
der Kirche strömenden Demonstranten. Auf diesen faschistischen
Terror antworten die für Amnestie und politische Freiheiten
kämpfenden Spanier in allen größeren Städten mit Protestaktionen
Molotowcocktails und Barrikaden.

In Bilbao werden Barrikaden errichtet, in Pamplona der Ge-
neralstreik ausgerufen. Solidaritätsstreiks auch in Madrid, Valla-
dolid, Barcelona – in jeder Ecke Spaniens. In Vitoria selbst wer-
den Barrikaden an den Ausfahrtsstraßen gebaut. Die staatlichen
Repressionskräfte umzingeln daraufhin die Stadt, kappen die Te-
lefonleitungen nach draußen und schnüren sie von der Umwelt ab.
Unter den bestreikten Betrieben in Vitoria ist auch ein gemein-
sames Montagewerk von VW/Mercedes-Benz, in dem die Arbeiter
seit fast 10 Wochen im Ausstand sind. Die Streikbewegung geht
aus von Lohnforderungen und politisiert sich durch die Forderung
nach Wiedereinstellung von Kollegen, die aus politischen Gründen
entlassen worden sind. Kommandos wurden aufgestellt, die Streik-
posten bildeten. Eine Kommission aller Betriebsversammlungen
koordiniert alle Aktionen; sie arbeitet zunächst auf das Ziel hin,
alle verhafteten Arbeiter zu befreien.

Auch die Studenten verschiedener Universitäten, u.a. in Le-
jona und Dueste, schließen sich den Solidaritätsaktionen an.
Andere Universitäten werden prophylaktisch geschlossen. Die Mo-
bilisierung wächst kurzfristig gewaltig. Die juancarlistische Regie-
rung ist in totaler Isolation. In Barracalda, in der Zone von Barce-
lona, bauen streikende Arbeiter Barrikaden und liefern sich meh-
rere Straßenschlachten mit der Polizei. In Bilbao setzen die De-
monstranten Schußwaffen ein. Während in Vitoria, wie in Pam-
plona, die Arbeiterkommissionen noch jung und vielfach nicht
von den Reformisten der KP kontrolliert sind, tauchen im Bauar-
beiterstreik von Madrid zum ersten Mal seit dem Bürgerkrieg (wie
Le Monde am 6.3. schreibt) in Gestalt der alten CNT-Gewerk-
schaft die Anarachisten „aus den Katakomben" auf.

In Barcelona soll ein erster Kongress der Anarchosyndika-
listen mit 400 Teilnehmern stattgefunden haben. Überhaupt wird
zunehmend erkennbar, daß die spansiche KP, obwohl noch im-
mer die wichtigste Arbeiterpartei, nicht uneingeschränkt die
Kämpfe kontrollieren kann.
Zwei Tage nach dem Volksaufstand in Vitoria nehmen 70 000
Menschen an der Beerdigung der ermordeten Arbeiter und Stu-
denten teil. Von Vitoria aus ziehen sie in einer Demonstration
sechs Kilometer weit bis zum Friedhof.

An diesem Tag finden aus Solidarität lokale Generalstreiks
in Pamplona und Bilbao statt, den beiden baskischen Metropolen.
Die FAZ am 6.3.: „So wurde der lange Streik von keiner politi-
schen Gruppe entscheidend beeinflusst. Alle Entscheidungen wur-
den auf den in verschiedenen Kirchen abgehaltenen Arbeiterver-
sammlungen getroffen. Nur die zunächst auf Betriebsebene und
später für die gesamte Arbeiterschaft der Stadt gewählten Ver-
treter wurden von den Streikenden als ihre Sprecher anerkannt.
Dieses den Arbeiterräten ähnliche System schaltete nicht nur die
Funktionäre der von der Regierung kontrollierten Gewerkschafts-
organisationen aus, sondern auch die Führer der illegalen Ge-
werkschaften (Arbeiterkommissionen)."

Am Samstag, einen Tag nach der Beerdigung, ist in Vito-
ria wieder Generalstreik. Die Polizei, die sich bei der Beerdi-
gung zurückgehalten hatte, vertreibt die Angehörigen der Ver-
letzten, als sie sich vor den Krankenhäusern versammeln, mit Trä-
nengas und Knüppeln.
Auf einer Versammlung sagt der Arbeitervertreter Jesús Fernan-
dez Naves: „Für die Mörder und ihre Opfer gibt es keinen gemein-
samen Versammlungsplatz. Die Verantwortlichen für das Massaker
sind eine Handvoll von Unternehmern und die Regierung, die
wiederum nur die Befehle dieser Handvoll von Unternehmern
ausführt. Wir fordern den Rücktritt der Regierung und die Frei-
lassung der Verhafteten."

Nach dem Abschied von seinen Freunden in der BRD eilt
Spaniens Polizeiminister Fraga Iribarne ins Baskenland. In einer
Massendemonstration machen ihm die Bewohner von Vitoria
klar, daß er als Verantwortlicher unerwünscht ist.

Auf einer Pressekonferenz in Madrid geben die Vertreter
der Arbeiter von Vitoria ihre Forderungen bekannt:
1. Versammlungsfreiheit für alle Arbeiter
2. Freilassung aller verhafteten Arbeiter
3. Wiedereinstellung der Entlassenen
4. Anerkennung der Arbeiterkommission durch die Unternehmer
5. Nichtanerkennung der staatlich kontrollierten Gewerkschafts-
organisationen.

Die Lohnforderungen der Arbeiter von Vitoria werden erfüllt;
aller erhalten eine Erhöhung von 5 000 bis 6 000 Pesetas (ca.
200 DM), ihr Durchschnittslohn vorher lag bei 15 000 Peseten
(ca. 575 DM).

An diesem Wochenende streiken im Baskenland, in Bilbao,
San Sebastian und Oviedo bereits 100 tausende. Alle ihre Aktio-
nen sind – wie gehabt – von den Behörden für illegal erklärt
worden.

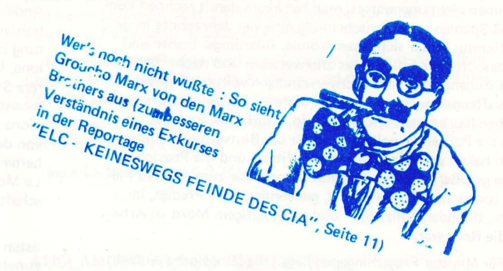
Am Dienstag, dem 9.März findet dann der Generalstreik
in Euskadi statt. Die Polizei terrorisiert die Bevölkerung weiter
und erschießt bereits nach wenigen Stunden im Industriegürtel
von Bilbao in Basauri, den 18jährigen Vicente Ferrero. In den
baskischen Provinzen Viscaya und Guipuzcoa haben die Streiken-
den die totale Kontrolle. In der Schiffsbau- und Schwerindustrie
von Bilbao bleibt der Hammer liegen, die Schalter der Banken

sind dicht. Die Polizei verhaftet, indem sie bekannte Gewerkschaftsführer wie Fernandez Naves aus ihren Wohnungen holt.

An der Beerdigung von Vicente Ferrero am Mittwoch, den 10.3., nehmen 40 000 Menschen teil. Danach machen sie im Industriegebiet von Basauri/Bilbao eine dreistündige Demonstration. Man beschließt, den Generalstreik so lange weiterzuführen, bis alle Verhafteten freigelassen sind.

Zwar ist der baskische Generalstreik nicht auf die anderen kämpferischen Provinzen übergesprungen, aber lokale Streiks in bestimmten Produktionszweigen laufen.
In Katalonien legen 50 000 Textilarbeiter um Barcelona, vor allem in Sabadell und Tarrasa, ihre Fabriken völlig lahm.

(nach: Le Monde, 4. - 11.3.)



ERKLÄRUNG

AUFRUF ZUR NATIONALEN SPANIEN-DEMONSTRATION

FRANKFURT (ID) 11.März „An alle Arbeiter und Arbeiterinnen, an alle Revolutionäre und Revolutionärinnen, an alle politischen Gruppen und Organisationen in der BRD! Kollegen, Kolleginnen und Genossen, Genossinnen!
Die momentane Situation, in der unser Volk sich befindet, ist für uns alle von entscheidender Bedeutung. Der Tod des Mörder-Diktators Franco hat endgültig die politische Krise, in der die Diktatur seit Jahren steckt, beschleunigt. Trotz aller Anstrengungen, diese Krise durch die Sicherung der Nachfolge Francos zu lösen, durch die Nachfolge des nicht nur schwachsinnigen, sondern auch kriminellen Juan Carlos, und obwohl ein großer Teil der franquistischen Bürokraten über Nacht zu Demokraten wurden.

Die Arbeiter haben die Bedeutung der Situation verstanden und kämpfen seit drei Monaten mit unglaublichem Mut und Heldenhaftigkeit im ganzen Land für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen, für die Freiheit und den Sozialismus in Spanien. In Madrid, Barcelona, Sevilla, Valladolid, im Baskenland, in Galizien, Asturien und vielen anderen Orten organisieren die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Branchen Streiks zur Unterstützung ihrer Forderungen. — Von den Bauarbeitern bis zu den Metallarbeitern, von den Bankangestellten bis zu den Beamten, von den angestellten Ärzten bis zu Apothekenangestellten, von den Lastwagenfahrern bis zu den Bäckern, von den Journalisten und Druckern bis zu den Schauspielern und Theaterangestellten, von den Studenten bis zu den Lehrern und Professoren — Alle, die arbeiten, haben sich wie ein einziger Ruf erhoben und kämpfen gegen die archaischen, anachronistischen und faschistischen Strukturen, gegen die Repression, die über 30 Jahre das Eingreifen des Volkes in die Angelegenheiten des Landes verhindert hat.

Dieser Kampf wird nicht von den üblichen Besserwissern und vermeintlichen „Führern" der Arbeiter geführt, vielmehr sind es die Massen selbst, angetrieben von dem tiefen Wunsch nach direkter Demokratie, die heute einen großen Beweis ihrer organisatorischen Fähigkeit liefern.

Die Arbeiterversammlungen stehen auf der Tagesordnung, und in ihnen werden die Forderungen aufgestellt, werden die Kommissionen gewählt, Streikfonds eingerichtet und Streikposten bestimmt, kurz, alle Entscheidungen getroffen, die notwendig sind, um den Kampf weiterzuführen.

An diesen Versammlungen nehmen auch die Frauen der Arbeiter sowie die Rentner teil. Man muß hier betonen, welch große und tapfere Rolle unsere Frauen in diesen Kämpfen spielen. Sie unterstützen bedingungslos ihre Männer und Söhne, organisieren die Geldsammlungen für die Fonds, machen Demonstrationen und Kirchenbesetzungen zur Unterstützung der Kämpfe.

Was ist die Antwort der ersten Regierung der Franquistischen Monarchie: In den ersten Tagen war ihre Reaktion vorsichtig, wohl in der verrückten Hoffnung, die Massenkämpfe kanalisieren zu können; doch dann reagierte sie, wie es der Franquismus immer getan hat: mit brutaler Repression, mit krimineller Gewalt, mit Folter, Tränengas, Schüssen, mit Knast und Mord.
Diese Reaktion auf die erste ernste Intervention der Massen in das politische Leben des Landes beweist erneut, wie unfähig die spanische Bourgeoisie ist, die anstehenden Probleme zu lösen. Sie beweist weiter die Unmöglichkeit einer demokratischen Wandlung des Franquismus, beweist, daß jeglicher Versuch, mit der politischen Klasse des Regimes zu paktieren, ein Verrat an der revolutionären und Arbeiterbewegung ist, sie beweist, daß die „Demokraten" (Fraga und Areilza) nicht mehr sind, als die Hunde von eh und je, lediglich mit anderem Halsband.

Und was ist unsere Antwort hier? Wie ist sie? Schlecht, sehr schlecht. In den zwei Monaten, in denen unsere Klassenbrüder nun schon kämpfen, haben wir nichts gemacht. Wir haben uns darauf beschränkt, die Nachrichten zu hören und uns über die Boshaftigkeit der Franquisten zu beklagen. Wir haben vergessen, daß der Kampf, den die Massen begonnen haben, auch für unsere Interessen geführt wird. Basta!!
Im Moment müssen wir mit 4 durch die Polizei ermordeten Arbeitern rechnen, und weitere 6 Kollegen befinden sich in einem sehr ernsten Zustand und können jederzeit sterben. Die spanischen Arbeiter haben auf diesen Terror geantwortet, mit Barrikaden, mit der Radikalisierung und Ausdehnung der Kämpfe. Und wir können nicht untätig und ruhig bleiben. Es ist unbedingt notwendig, uns aus unserer Gleichgültigkeit wachzurütteln! Jetzt! Jetzt müssen wir auf die Straße gehen und massiv die Kämpfe unserer Kollegen und Kolleginnen, Genossen und Genossinnen unterstützen.
Einmal, weil ihre Kämpfe und ihre Forderungen die unsrigen sind, zum anderen, um den westeuropäischen bürgerlichen Demokratien zu zeigen, daß sich in Spanien nichts geändert hat, um von ihnen zu fordern, daß jegliche Hilfe für das mörderische Regime, für die franquistische Monarchie unterbunden wird.

Genossen, Genossinnen, kommt alle zur nationalen Demonstration am 20.3. nach Frankfurt! Die Demonstration beginnt um 12.00 am Opernplatz.
Für Freiheit in Spanien!
Für die Auflösung der Repressionsorgane, Policia Armada, Guardia Civil, Brigada Politico Social!
Für die Aufhebung der Sondergerichte!
Freiheit für alle politischen Gefangenen und freie Rückkehr aus dem Exil und beispielhafte Bestrafung der Folterer und Mörder!
Für die Auflösung der C.N.S. (faschistische Gewerkschaft)!
Für ihre Besetzung durch die Arbeiter und die Anerkennung des Rechts der Arbeiter, ihre eigenen autonomen Kampforganisationen zu schaffen!
Für die Selbstbestimmung der Völker im spanischen Staat!
Gegen jegliche Unterstützung der Franquistischen Monarchie durch die Bundesregierung!
Gegen die Mörder-Monarchie!
Für die Freiheit und den Sozialismus in Spanien!

Lucha Obrera".